

**KOSTENLOS**

# Gegenwind

Zeitung für

Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Nummer 132

Wilhelmshaven

Februar 1996

## KEHRAUS VOR DER KOMMUNALWAHL

SPD UND BÜNDNIS-GRÜNE AMPUTIEREN IHRE  
LINKEN FLÜGEL - SEITE 3 BIS SEITE 5 -



### INHALT

Trouble in der SPD: Arend Roland Rath zeigt altgedienten GenossInnen auf [Seite 3](#) die rote Karte und bereitet sein Spielfeld

Keine "Schmähkritik" ist es lt. Urteil des Landgerichts Stuttgart, den WZ-Verleger M. Adrian als Republikanerfreund zu bezeichnen. Aus der Urteilsbegründung zitieren wir auf [Seite 3](#)

Trouble auch bei den Grünen. Nach Aufnahme des Ehepaars Czech in die Partei schmeißen mehrere Mitglieder ihr Parteibuch hin - Hintergründiges auf [Seite 4](#)

Es gibt immer noch keine Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit - für die Betroffenen bleibt es also, wie Sie auf [Seite 6](#) lesen können, beim "Parcours durch die Ämter"

Im Dezember beschloß der Rat der Stadt die Reform der Stadtverwaltung. Näheres dazu auf [Seite 7](#)

Der GEGENWIND forderte seine LeserInnen zum "Liebeszug" gegenüber dem SVW auf - Der SVW-Vorstand nimmt dazu auf [Seite 9](#) Stellung

Mit Michael Diers, dem 1. Vorsitzenden des Vereins "RadioJade", sprachen wir über mögliche Fusionen und über die geplante Senderstruktur - [Seite 10](#)

Um "Frisches Fleisch für die Welt Herrschaft" geht es der Scientology-Sekte. Wie sie dieses Ziel erreichen will, lesen Sie auf [Seite 12](#)

Viel Aufregung verursachte unser Artikel über Praktiken in einem Altenpflegeheim im letzten GEGENWIND. Zusätzliche Informationen dazu finden Sie auf [Seite 15](#)

Einen, der auszog, um in den Neuen Bundesländern sein in Wilhelmshaven gelerntes Handwerk auszuüben, glossieren wir auf der [letzten Seite](#).

# Nachrichten

## ERLEDIGT

hat sich offensichtlich die Spekulation Wilhelmshavener Imagetrompeter, daß die Ölplattform 'Brent Spar' hier demontiert werden könnte. Die Eigentümerin Shell verlangt gemäß einer Ausschreibung im Amtsblatt der Europäischen Union nämlich Nachweise von den Entsorgungsbewerbern, daß sie Erfahrungen in der Offshore-Technik, dem Schiffbau und im Umweltmanagement mitbringen. Als Beleg für erworbenes Wissen müssen die Bewerber zudem nachweisen, daß sie bereits diesbezügliche Aufträge über mehr als 20 Millionen Pfund Sterling (ca. 40 Millionen Mark) abgewickelt haben. Den Zuschlag wird nur eine Firma oder ein Konsortium erhalten, daß (lt. der Fachzeitschrift Schiff und Hafen Nr. 12/95) "...den Shell-Anforderungen an Umwelt, Wirtschaftlichkeit, Sicherheit, Gesundheit und öffentlicher Akzeptanz entsprechen." (jm)

## VERGESSEN

scheinen einer zunehmenden Anzahl Wilhelmshavener BürgerInnen die schädlichen Auswirkungen des Salz Streuens. In einer Zeit der allgemeinen Betroffenheit über das Baumsterben nahm diese Unsitte rapide ab, denn keiner wollte sich als 'Pökelkerkel' beschimpfen lassen. Sogar die Stadt traute sich damals ein Streuverbot zu erlassen, angesichts eines 'einig Volk' von Umweltschützern. Doch in einer Zeit, wo mächtige Wirtschaftsverbände dem Staat im Schlag Schatten zunehmender Arbeitslosigkeit ein 'Umwelt roll back' nach dem anderen abringen, gerät eben auch dem 'Kleinen Mann' die Erhaltung der Umwelt aus dem Visier. Und die Großen machen es vor: Jedenfalls den Reaktionen meines Hundes nach zu urteilen, der sich auf dem Bürgersteig bei Karstadt und bei C&A winselnd die Zehen leckte und keinen Schritt weiter gehen wollte.

Ob das Ordnungsamt wohl auch schon gemerkt hat, daß das Streuverbot in Zeiten nachlassenden Umweltbewußtseins kein Selbstläufer mehr ist sondern amtlich durchgesetzt werden muß? (jm)



## WENIG BEGEISTERUNG

ruft die Schulverwaltungsreform, die zum 1. Februar umgesetzt werden soll, in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hervor. Die zwei wichtigsten Punkte dieser Reform sind die Umwandlung der Schulaufsichtsämter in Außenstellen der Bezirksregierung einerseits und die Aufwertung der SchulleiterInnen zu Dienstvorgesetzten andererseits.

Mit der Aufwertung der SchulleiterInnen zu Dienstvorgesetzten gehen viele Aufgaben, die bislang der Schulamtsdirektor wahrnahm, auf die Schulleiter über - eine Quelle von Konflikten, die den Kollegien bislang erspart geblieben sind. Laut GEW sind selbst die Schulleiter nicht glücklich über diese Erweiterung ihrer Kompetenzen, da sie um die kollegiale Zusammenarbeit fürchten.

Aus dem Schulaufsichtsamt Wilhelmshaven wird eine Außenstelle der Bezirksregierung Weser-Ems, die voraussichtlich für Wilhelmshaven und Friesland (bislang zwei Schulaufsichtsämter) zuständig sein wird. Die Befürchtung der Gewerkschaft geht nun dahin, daß mit diesem vergrößerten Zuständigkeitsbezirk auch der Bereich, innerhalb dessen LehrerInnen abgeordnet werden können, entsprechend wächst, daß also z.B. eine Lehrkraft einer Wilhelmshavener Schule mit einem Teil ihrer Stunden nach Schortens, Zetel oder Jever geschickt werden kann.

Mit der Auflösung der Schulaufsichtsämter ist die Auflösung der Lehrerkreispersonalräte verbunden. Wahrscheinlich wird damit der größere Teil der 60 Stellen eingespart, die als Ergebnis der Reform entfallen sollen.

Gegen diesen Aspekt der Schulverwaltungsreform beschloß die GEW im November in Sage folgende Resolution:

"Der Abschlußbericht der Arbeitsgruppe 'Schulverwaltungsreform' im Niedersächsischen Kultusministerium schlägt vor, die Schulaufsichtsämter aufzulösen und statt dessen eine geringere Zahl von Außenstellen der Bezirksregierung einzurichten.

Im Zuge dieser Entscheidung sollen die Schulpersonalräte bei den Schulaufsichtsämtern wegfallen. Es wird einseitig zu Lasten einer wirkungsvollen Interessenvertretung der Lehrerinnen und Lehrer vor Ort gespart.

Damit wird nicht mehr der Schulpersonalrat vor Ort im Rahmen der im Personalvertretungsgesetz vorgesehenen Möglichkeiten beteiligt, sondern der Schulbezirkspersonalrat bei der Bezirksregierung in Osnabrück.

Wir sehen damit insbesondere für einen Flächenbezirk wie den Regierungsbezirk Weser-Ems eine massive Einschränkung des Umfangs und der Qualität der demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Lehrerinnen und Lehrer und fordern deshalb die Einrichtung ortsnaher Personalvertretungen bei den Außenstellen der Bezirksregierung." (noa)

## EBENSOWENIG BEGEISTERT

ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft über die Budgetierung. Budgetierung heißt: Die Stadt als Schulträger stellt den Schulen bestimmte Summen zur Verfügung, über deren Verwendung diese dann selber entscheiden. Während in vielen Bereichen die Budgetierung von den Beschäftigten gefordert wird, weil sie selber besser als übergeordnete Stellen wissen, was sie brauchen und wofür sie das Geld ausgeben wollen, lehnt Axel Kindermann im Editorial des "Rohrstock" (Zeitung der GEW Wilhelmshaven) sie ab. Er befürchtet zum einen, daß die Summe geringer ausfallen wird als bisher, und zum anderen geht er davon aus, daß die Kollegien in zusätzlichen Konferenzen darüber streiten müssen, wofür dieses Geld dann ausgegeben wird. (noa)

## KURANTRITT MIT HINDERNISSEN

Für eine vierwöchige Kur braucht man schon einiges an Gepäck. So machte sich ein Wilhelmshavener beizeiten auf, seine zwei Koffer aufzugeben, wie er es von früher her kannte. Nur - beim Bahnhof kann man kein Gepäck mehr aufgeben. Na gut, dachte er sich, es gibt ja noch die Post. (Auf die Idee, bei der Speditionsfirma in der Nähe des Bahnhofs nachzufragen, kam er nicht.) Bei der Post stellte man seine zwei Koffer auf die Waage. Zu schwer, erfuhr er, jedes Gepäckstück darf nur 20 kg wiegen. So nahm er denn seine Koffer wieder nach Hause und packte um. Aus dem leichten Handgepäck wurde so eine schwere Reisetasche. (noa)



## IMPRESSUM:

Herausgeber: GEGENWIND-Verein  
Postanschrift: GEGENWIND, Weserstr. 33  
26382 Wilhelmshaven  
Tel.: 04421/ 44000

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Hannes Klöpfer (verantw. Redakteur), Jochen Martin, Anette Nowak, Thomas Sobel, Frank Tunnat, Imke Zwock;

Druck: Beta-Druck  
Auflage: 5.230 Ex.  
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,  
Kto.-Nr.: 500 355 BLZ 282 90063

Erscheinungstag dieser Ausgabe: 7. Februar 1996  
Voraussichtl. Red.-Schluß der nächsten Ausgabe:  
Ende März 1996

\*\*\*\*\*  
Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.



# DIE SPD WIRD AUSGEFEGT

## KRITISCHE STIMMEN HABEN IN DER SPD KEINEN PLATZ MEHR

(hk) Die Wilhelmshavener SPD ist nicht sehr gut durchs letzte Jahr gekommen. Die Krönung der Parteimisere war sicherlich die geplante und geplatze Immobilien- und Pöstchenschieberei der Herren Bergner, Sonnemann und Frank, die als "Trögeler-Affäre" in die Stadtgeschichte eingehen wird. Jetzt heißt es, Schadensbegrenzung zu betreiben.

So wie die SPD diese Schadensbegrenzung betreibt, kann es wohl eben nur die SPD. Man wäscht sich gegenseitig rein und ertränkt jede kritische Stimme. So wird die Partei wieder auf Linie gebracht.

Das erste Beispiel für den Umgang mit Kritikern bot die SPD auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Mitte. Wie schon so oft, sollte auch hier der SPD-Ratsherr Arend Roland Rath eine Vorreiterrolle übernehmen. Im Ortsverein Mitte ging es um die Wahl eines neuen Vorstands. Nun war Rath zwar kein Mitglied des alten Vorstands, doch da die Vorstandssitzungen fast immer in seiner Kneipe am Südstrand stattfanden, fühlte er sich schon bald als Mitglied desselben. So ist es auch nicht verwunderlich, daß er in der Vorstandssitzung, auf der es um die personelle Besetzung des neuwählenden Vorstands ging, seine

Genossin Helga Weinstock-Renken als stellvertretende Vorstandsvorsitzende vorschlug. Doch es kam alles ganz anders.

Auf der Jahreshauptversammlung stand Rath plötzlich auf und schlug, zur Überraschung des gesamten Vorstands, die stromlinienförmige Kirsten Trenne, gerade Neubürgerin im Ortsverein Mitte, als stellvertretende Vorsitzende vor. Doch damit nicht genug: Was nützt einem Arend Roland Rath eine willfährige zweite Vorsitzende? Er wollte selbst Chef werden. Da kam es ihm gelegen, daß Walter Heide, wohl im Hinblick auf eine Ratskandidatur im Herbst, nicht mehr für den Posten des Vorsitzenden kandidieren wollte. So erklomm Rath dann auch noch den Stuhl des Vorsitzenden in Mitte. Doch wer Arend Roland Rath kennt, der weiß auch, daß das Pöstchen des Vorsitzenden für ihn nicht das Ende der Fahnenstange ist.

Raths nächstes Ziel dürfte die Beerbung der Bundestagsabgeordneten Gabriele Iwersen sein.

Der erste Ortsverein ist sauber - doch die nächsten Wahlen stehen bevor. Einige Namen, die auf der Abschußliste stehen, werden in SPD-Kreisen offen gehandelt. Bis zum Kommunalwahlkampf wird wohl noch der ein oder andere Genosse (oder Genossin) entweder selbst das Handtuch werfen oder einen gehörigen Tritt vom überstarken rechten Wilhelmshaven-Flügel bekommen. □

## DER TOD IST FARBENBLIND !



Kriegsdienstverweigerung - Dein Grundrecht !

**KDV - Treff**

Dienstags ab 20 Uhr im Tarish  
Börsenstraße, Wilhelmshaven

# IM NAMEN DES VOLKES...

## ...DURFTE DER WZ-VERLEGER MANFRED ADRIAN "REPUBLIKANER-FREUND" GENANNT WERDEN

(hk) Das erste gerichtliche Nachspiel der Venske/Handlögten-Veröffentlichung über "...Fische im Wasser und Honoratioren im Sumpf" (Magazin der Süddeutschen Zeitung v. 20.20.95) ging klar an die Verfasser. Geklagt hatte der WZ-Herausgeber Manfred Adrian.

Handlögten/Venske schrieben in ihrem Artikel: "Aber der SPD-Verwaltungschef und Berufsoptimist läßt keine Chance aus, um seine Pleitestadt als Boom-Town darzustellen, die wächst, blüht und gedeiht. Beim Ausbrüten hochfliegender Pläne wird er von einer ganzen Reihe von Amigos tatkräftig unterstützt. (...) Flankenschutz liefert der Republikaner-Freund und kaisertreue Herausgeber der Wilhelmshavener Zeitung, Manfred Adrian."

Der Kläger Manfred Adrian sah in der Bezeichnung "Republikaner-Freund" eine "unwahre Tatsachenbehauptung, die in hohem Maße geeignet sei, die Ehre und den Kredit des Klägers in Frage zu stellen. Die Bezeichnung entbehre jeder tatsächlichen Grundlage und sei weder durch Handlungen noch Äußerungen des Klägers zu rechtfertigen. Selbst wenn die Bezeichnung als Wertung aufzufassen wäre, sei sie deshalb als "Schmähekritik" unzulässig." (Wie alle folgenden Zitate: aus dem Urteil des Landgerichts Stuttgart).

Handlögten/Venske untermauerten ihre Bezeichnung "Republikaner-Freund" u.a.

damit, daß die WZ regelmäßig vor Wahlen Wahlkampfanzeigen der Republikaner, der NPD und der DVU abgedruckt hat und darüber hinaus einen Bildbericht über die Einrichtung eines NPD-Büros in Wilhelmshaven veröffentlichte. Sie sahen darin nicht nur einen Hinweis auf die Existenz dieser rechtsextremen Gruppe, sondern auch die Verbreitung des "ausländerfeindlichen und rassistischen Gedankenguts" der Republikaner.

Adrians Klage wurde als unbegründet abgewiesen und ihm wurde die Berechtigung abgesprochen, den Journalisten die Äußerung zu untersagen.

Das Gericht begründete seine Entscheidung u.a. so: "Die subjektive Einschätzung der politischen Neigungen des Klägers ist, unabhängig davon, ob sie tatsächlich zutrifft, zulässig, denn sie basiert auf Umständen, die diesen Schluß als möglich erscheinen lassen. Sie ist daher vom Standpunkt der Kritiker des Klägers nicht grundlos und willkürlich und daher auch keine diffamierende Schmähekritik. (...) Die Veröffentlichung von Wahlkampfanzeigen demokra-

tischer politischer Parteien im Informationsinteresse der Leser ist sicherlich ein Gebot fairen journalistischen Handelns. (...) Ob das jedoch gleichermaßen für politische Parteien gilt, die nach allgemeinen Verständnis außerhalb des demokratischen Spektrums stehen, kann füglich in Zweifel gezogen werden. (...) Eine rechtliche Verpflichtung zur Veröffentlichung von Anzeigen zwar nicht verbotener, aber radikaler Parteien gibt es nicht. (...) Dazu kommt, daß die Wilhelmshavener Zeitung (...) auch redaktionell über die Eröffnung des NPD-Büros berichtet hat. (...) Es hätte nicht (zur Befriedigung des Informationsinteresses - hk-) einer Abbildung des neueröffneten Büros mit dem Kreisvorsitzenden der NPD und dem Leiter des kommunalen Arbeitskreises dieser Partei (...) bedurft, ebensowenig wäre die Mitteilung der Mitgliederstärke des Kreisverbandes der NPD nötig gewesen (...). Die Einschätzung der Beklagten, die Belange der genannten Parteien würden durch diesen Bericht gefördert, ist danach jedenfalls nachvollziehbar."

Diese deutliche Abfuhr kostete den WZ-Verleger eine schöne Stange Geld - so ca. 25.000.-DM.

Laut Wilhelmshavener Zeitung (die erstaunlicherweise über die Prozeßniederlage kurz berichtete) will Manfred Adrian den Rechtsstreit in die nächste Instanz führen. Doch auch dort dürften seine Erfolgsaussichten nicht unbedingt größer sein. □

# RICHTUNGSWECHSEL

## AUF LEISEN SOHLEN IN DAS SCHWARZ-GRÜNE BÜNDNIS

(ub) Andreas Koût hat die Partei der Grünen verlassen und sein Ratsmandat zurückgegeben. Mehrere aktive Mitglieder der Grünen sind seinem Schritt gefolgt und haben ihr Parteibuch abgegeben. Unüberbrückbare Differenzen mit dem Kreisvorstand waren der Auslöser. Der GEGENWIND sprach mit Koût über seine Motive und die Hintergründe der Austrittswelle.

**GEGENWIND:** Andreas, du bist bei den Grünen ausgetreten und hast dein Ratsmandat abgegeben. Was sind die Gründe?

**Koût:** Auslösendes Moment war die Tatsache, daß auf der Weihnachtsfeier der Grünen im Dezember 1995 plötzlich zwei neue Mitglieder vorgestellt wurden. Das Ehepaar Czech, das in der Gökerstraße 109 bekanntlich eine Notunterkunft betreibt. Dieses m. E. in der Weise, daß im Grunde genommen nicht von einer menschenwürdigen Behandlung der dort untergebrachten Personen gesprochen werden kann. Die Zustände bei Czechs sind ja auch im GEGENWIND sehr ausführlich geschildert worden.

Man muß natürlich dazu sagen, daß die Unterbringung in der Gökerstraße 109 auf der Grundlage der bestehenden Gesetze geschieht. Nur, diese Gesetze lassen eben zu, daß bei einer Notunterkunft noch weniger Kriterien hinsichtlich einer menschlichen Behandlung erforderlich sind, als beispielsweise beim Betreiben eines Gefängnisses. Es wurden u. a. Menschen unterschiedlichster ethnischer Gruppen, Ehepaare und fremde Personen zusammen in einem Zimmer untergebracht. Dies alles wurde von den Betreibern ganz locker vertreten. Damit verlassen diese Leute m. E. die allgemein verbindlichen Grundlagen humanistischer und ethischer Einstellungen.

**GEGENWIND:** Diese Einschätzung wird von anderen Parteimitgliedern, die jetzt auch die Partei der Grünen verlassen haben, geteilt. Gab es den Versuch, diese grundlegende Differenz innerparteilich zu klären?

**Koût:** Unsere Bedenken gegenüber der Parteaufnahme von Czechs sind lange parteiintern mit den Mitgliedern des Kreisvorstandes diskutiert worden. Ich selbst hatte ein einstündiges Gespräch mit dem Kreisvorsitzenden Werner Biehl noch auf der Weihnachtsfeier, in dem ich meine starken Bedenken gegen eine Parteaufnahme des Ehepaars Czech deutlich gemacht habe. Es gab dann noch mehrere Gespräche.

Der Kreisvorstand war auch vor Ort in der Gökerstraße 109, hat sich dort sicherlich von den Czechs blenden lassen. Wenngleich man auch sagen muß, daß der Kreisvorsitzende der Grünen, Werner Biehl, der die Betreiber der Notunterkunft sehr lange kennt und dieser Parteaufnahme jetzt positiv gegenübersteht, selber einmal die Vorgänge in der Gökerstraße 109 als faschistoid titulierte hat. Massive Kritik kam nicht nur von mir, sondern auch von zahlreichen anderen Mit-

gliedern der Partei. Der Kreisvorstand hat mit der Begründung, daß Czechs nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen und somit kein Grund für die Verweigerung einer Parteaufnahme vorliegt, am 10.1.95 das Ehepaar Czech einstimmig in die Partei aufgenommen.



**GEGENWIND:** Ihr habt die Verhältnisse bei Czech schon früh öffentlich gemacht.

**Koût:** Wir haben die Vorgänge in den letzten 2 1/2 Jahren sehr aufmerksam beobachtet. Wir von den Grünen und auch Vertreter der Bürgerinitiative gegen Ausländerfeindlichkeit sind dort gewesen. Verschiedene Ausschüsse der Stadt - der Jugendhilfeausschuß, der Sozialausschuß, der Gesundheitsausschuß und der Ausländerbeirat - haben sich immer wieder mit der Thematik beschäftigt. Wir hatten oft Kontakt zu Ausländerinnen und Ausländern, die dort untergebracht waren. Der Gesamteindruck aus diesen 2 1/2 Jahren war eben so, daß sich die Verhältnisse dort nur, wenn der Druck von außen besonders stark war, in kleinen Bereichen gebessert haben. Bei einem Satz von 20,- DM pro Tag und Person, also pro Familie beispielsweise 2.400,- DM Monatseinnahme für ein Zimmer, wäre das Ehepaar Czech durchaus in der Lage gewesen, die Unterbringungsmöglichkeiten wesentlich zu verbessern.

**GEGENWIND:** Die gesamte Problematik der Notunterbringung bei Czech war also den Mitgliedern der Grünen und dem Kreisvorstand bestens bekannt?

**Koût:** Muß ihnen einfach bekannt gewesen sein. Einmal durch die Berichterstattung der Presse und natürlich durch das Engagement einiger Mitglieder der Grünen. Diskutiert wurde während der letzten vier Wochen bis zum 19. Januar im Kreisvorstand insbesondere darüber - und das war dann auch das Absurde - ob das, was in der Gökerstraße 109 abläuft, legal sei. Das ist aber immer unstrittig gewesen. Die gesetzliche Grundlage läßt allerdings eine Unter-

bringung zu, die, wie ich anfangs bereits sagte, als menschenunwürdig bezeichnet werden muß.

**GEGENWIND:** Welche Motive siehst du bei dem Ehepaar Czech, in die Partei der Grünen einzutreten?

**Koût:** Da kann man nur spekulieren. Tatsache ist, daß die Quelle des Geschäfts der Czechs langsam versiegt - durch das Asyländerungsgesetz und die beabsichtigte Rückführung der Bürgerkriegsflüchtlinge. Es mag



sein, daß Czechs sich zur Absicherung ihrer geschäftlichen Grundlagen jetzt auch in politische Strukturen begeben.

**GEGENWIND:** Hat der Kreisvorstand der Grünen seinerseits Interessen an dieser Parteaufnahme?

**Koût:** Ich denke, daß es dem Kreisvorstand sehr früh klar war, daß das, was jetzt bei den Grünen gelaufen ist, eine eindeutige Fixierung der parteipolitischen Richtung im Hinblick auf die Kommunalwahl ist. Es gab in der letzten Zeit deutliche Signale, daß eine Hinwendung zur Überlegung hinsichtlich einer Gruppenbildung mit der CDU stattfindet. Da war ein schleichender Prozeß im Gange. Symbolisch dafür steht, daß die Klausurtagung der Grünen im November 95, wo es um den Haushalt für dieses Jahr ging, in einem gemeinsamen Hotel mit der CDU stattgefunden hat.

**Metzer Grill**  
Imbiß-Service  
Ebertstraße 154 · Tel. 20 36 36

Anruf genügt - und Ihr Essen kommt heiß verpackt ins Haus!!!  
Für die Mindestbestellung von 10,- DM berechnen wir als Zustellgebühr:  
Bis 4 km 2,- DM  
bei größeren Entfernungen 4,- DM

**AB 25,- DM LIEFERN WIR KOSTENLOS**

**AB 25,- DM LIEFERN WIR KOSTENLOS**

Fahlt zum Kochen Dir die Zeit der METZER GRILL ist stets bereit

**GEGENWIND:** Nach der letzten Kommunalwahl gab es den Versuch, zusammen mit der SPD eine Mehrheit im Stadtrat zu bilden. Wie erklärt sich jetzt dieser Richtungswechsel?

**Koût:** Um ein Mißverständnis gar nicht erst aufkommen zu lassen: Nichts gegen eine punktuelle themenorientierte Zusammenarbeit mit der CDU oder anderen im Rat vertretenen Fraktionen. Dennoch; Es hat wohl zunächst, auch von mir unbemerkt, in den letzten zwei Jahren ein Richtungskampf im Kreisverband der Grünen stattgefunden.



Persönlich habe ich natürlich auch versucht, Leute, die ich aus dem Umfeld der Wilhelmshavener Jugend-, Kultur-, Ausländer- und Sozialarbeit kenne und bei denen ich denke, daß sie von grünen Wählern gewählt werden würden, für die Arbeit bei den Grünen und für die Kommunalwahl zu gewinnen. Diese Leute vertreten gesellschaftlich wichtige Bereiche und kommen aus dem linken Spektrum, dem ich mich auch zugehörig fühle. So wäre der Kreisverband gestärkt worden. Mit diesen Leuten wäre die unter-schwellig im Kreisvorstand gewünschte Gruppenbildung mit der CDU wohl nicht möglich gewesen. Die Aufnahme der Czechs - man muß fast prognostizieren: bei Strafe des eigenen Untergangs - war ein Katalysationspunkt, um den Richtungskampf in der Partei endgültig zu entscheiden.

**GEGENWIND:** Vielen Dank für das Gespräch.

*Kommentar:*

**POLITISCHER SELBSTMORD**

Ein auch über Parteigrenzen anerkanntes und engagiert agierendes Ratsmitglied der Grünen schmeißt das Handtuch. Zwei in der Öffentlichkeit ob ihres Betreibens einer Notunterkunft ebenfalls über alle Parteigrenzen hinaus kritisierte Personen finden ausgerechnet bei den Grünen ihre politische Heimat. Der Grünen-Rats-herr Gerd Kläne gießt Öl in das Feuer der Diskussion um die angeblichen Kontakte von OB Menzel zu rechtsradikalen Kreisen, indem er eine Zeugin präsentiert. Kleinlaut muß dieser grüne Rats-herr wenige Tage später öffentlich kundtun, daß diese angebliche Zeugin ihm Unsinn erzählt hat. Letzteres wird genüßlich auf Seite eins der Wilhelmshavener Zeitung zum Zwecke der Rehabilitation unseres Oberbürgermeisters, aber wohl auch zur Dokumentation des desolaten Zustands der Partei der Grünen gemeldet. Dies alles wenige Monate vor der Kommunalwahl.

Politischen Selbstmord nennt man so etwas. Dabei böte Wilhelmshaven ein phantastisches Feld zur Profilierung grün-alternativer Basisarbeit: die Trögeler-Affäre, Expo 2000, Bahnhofszentrum, Wohnraumspekulation etc. Stattdessen werden jetzt die Weichen gestellt, um, wie heißt es so schön, „Verantwortung mit zu übernehmen“. Die Grünen im großen (bundespolitisch) wie im kleinen (Kreisverbands-ebene) entledigen sich ihrer Essenz: derjenigen, die für die „große Politik“, sprich Teilhabe an der Macht, immer Störfaktor waren, für manche Wählerinnen und Wähler jedoch der Grund, gesellschaftliche Veränderungen durch die Arbeit engagierter Volksvertreter/innen in den Parlamenten zu erhoffen. Außergewöhnlich bei den Grünen bleibt, daß sie das vor der Wahl tun.

Uwe Brams

*Leserbrief* 

Zum Artikel "Gemeinderat im Funkenrennen" *Gegenwind* Nr. 131

Liebe *Gegenwind*-Redaktion,

daß ich erst jetzt mit Bezug auf den oben genannten Artikel schreibe, hat den Grund, daß mich der *Gegenwind* nur noch bei meinen sporadischen Besuchen in der Heimat erreicht. Ich hoffe, Sie haben trotzdem noch für eine Anregung zum Thema, ggf. auch als Leserbrief, Verwendung.

Jochen Melder (gemeint ist wohl Martin, red) schreibt zur Klärschlammverbrennungsanlage in Sande, daß gegen die Anlage protestierende Bürger "fehlerhafte Betriebsabläufe und Störfälle in dieser erstmalig betriebenen Pilotanlage befürchten" (Hervorhebung von mir, R.B.). Offenbar hat der *Gegenwind* nicht sorgfältig recherchiert: Ich selbst habe ein knappes Jahr lang quasi in Nachbarschaft zu der echten Pilotanlage gelebt und studiert. Im dänischen Städtchen Roskilde nämlich. Die Anlage ist von einer dänischen Firma entwickelt und in Anlehnung an die in Dänemark geltenden eben nicht gerade laschen Umweltauflagen konstruiert und betrieben worden. Soweit mir bekannt ist ohne jeden "Störfall". Neu an der Sander Anlage ist lediglich das Rauchgasfiltersystem, das nachgerüstet werden mußte, um den noch strengeren deutschen Abgasgrenzwerten gerecht zu werden!!!

Solche Filteranlagen sind aber ebenfalls schon jahrelang in den verschiedensten Anwendungen erprobt. Da diese Anlagen gleichzeitig mit Meßinstrumenten zur Emissionsmessung ausgerüstet sind, zieht auch das Argument der Giftigkeit der Verbrennungsrückstände nicht, denn die werden ja so kontrolliert.

Wenn freilich zu befürchten ist, daß Verbrennungsrückstände giftig sind, dann kann das Gift nur aus dem Brennmaterial kommen. Wieso die unkontrollierte Verwertung von Giften in Bioreaktoren besser sein soll, als die kontrollierte Lagerung von Verbrennungsrückständen, muß mir nun erst jemand erklären... Mit bestem Gruß

Roland Bösker  
Hufelandstr. 16  
30453 Hannover



Der *GEGENWIND* ist nicht das Verlautbarungsorgan einer Organisation. Er wird gemacht von Leuten, die zur politischen Linken um Gewerkschaften, Friedens-, Umweltschutz- und Frauenbewegung, SPD, Grüne und Alternative gehören. Die Zeitung versteht sich als Diskussionsforum der Linken in Wilhelmshaven und Umgebung. Themenbereiche des *GEGENWIND* sind Arbeit, Kultur, Kommunalpolitik, Frieden, Umwelt, Soziales.

Der *GEGENWIND* sieht es als seine Aufgabe an, Informationen und Kommentare zu verbreiten, die sonst keine Chance auf Veröffentlichung hätten, aufzuklären, sich einzumischen und Einfluß zu nehmen. Der *GEGENWIND* wird durch Beiträge des *GEGENWIND*-Vereins, des *GEGENWIND*-Förderkreises und durch Anzeigen finanziert. Kritik und Mitarbeit der LeserInnen sind erwünscht.

Die  
kulinarische Verführung  
in Deichnähe  
Jeden Tag von 10.00 - 02.00 Uhr

**METROPOL**  
im Pumpwerk

Restaurant - FrühstücksCafé - Mittagstisch  
Berggarten - Live Music & Kinderspielplatz  
WHV, An der Deichbrücke. Tel. 04421-43660

**Beitrittserklärung/Einzugsermächtigung**  
Hiermit trete ich dem *GEGENWIND* Förderkreis für politische Bildung bei:

Name: \_\_\_\_\_  
Geburtsdatum: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
Wohnort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Ich erkläre mich damit einverstanden, daß mein Monatsbeitrag von DM ..... (mind. 5,- DM) im vierteljährlichen Lastschriftverfahren von meinem Konto

Kontonr.: \_\_\_\_\_  
Geldinstitut: \_\_\_\_\_  
Bankleitzahl: \_\_\_\_\_

zugunsten des *GEGENWIND*-Kontos Nr. 500 355 bei der Volksbank Wilhelmshaven, BLZ 282 900 63, abgebucht wird.  
Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen.  
 Ich möchte den *GEGENWIND* regelmäßig zugestellt bekommen.

....., den .....  
Ort Datum

Unterschrift:  
(bei Minderjährigen Einverständnis eines/einer Erziehungsberechtigten erforderlich).

# PARCOURS DURCH DIE ÄMTER

## NOCH IMMER GIBT ES KEINE FACHSTELLE ZUR VERMEIDUNG VON WOHNUNGSLOSIGKEIT

(ub) Der Sozialausschuß hatte zu seiner Januarsitzung Vertreter des Arbeitskreises "Wohnraum für alle" eingeladen, damit diese die gemeinsam mit dem Allgemeinen Sozialdienst der Stadt Wilhelmshaven erarbeitete Konzeption "Fachstelle Wohnraumhilfe" vorstellen konnten. Seit Jahren fordern pädagogische Fachkräfte und auch Politiker aller Fraktionen eine ämterübergreifend koordinierte Hilfe für wohnungslose Menschen in dieser Stadt.

Derzeit gibt es in Wilhelmshaven kein generelles Wohnraumproblem. Im Gegenteil: Lt. Aussage der Vertreter des Arbeitskreises "stehen zur Zeit ca. 1000 Wohnungen" leer. Trotzdem registriert die Anlaufstelle für Wohnungslose des Diakonischen Werkes eine konstante Zahl von städtischen Wohnungslosen (221 im Jahr 1994). Denn, so der Arbeitskreis "Wohnraum für alle": "Tatsächlich steht jedoch nur den kaufkräftigen, sozialakzeptierten Nachfragern genügend Wohnraum offen". Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die, zum Teil hoch verschuldet, z. B. durch Zwangsräumung ihre Wohnung verloren haben, verlieren auf der Suche nach Hilfe leicht die Orientierung im Ämterirrgarten.

Das Problem: "Es gibt mehrere kommunale Ämter, die zum Teil gleichzeitig, zum Teil aber auch nacheinander in die Bearbeitung der Wohnungsnotfallproblematik involviert sind. Vielfach beschränkt sich die ämterübergreifende Zusammenarbeit nur auf Einzel- oder Ausnahmefälle..." (aus der Fachstellenkonzeption). Die Folge: Dem Hilfesuchenden ist oftmals unklar, wer z. B. Finanzierungshilfe leistet zur Zahlung der ersten Monatsmiete oder einer Kaution. Hat der Antragsteller den Ämterparcours durchlaufen, ist die zur Anmietung gefundene Wohnung schon wieder weg. Die Aufenthaltsdauer in der Notunterkunft Czech, Gökerstr. 109, wird so unnötig verlängert. "Der städtische Haushalt wird auch in diesem Bereich immer mehr belastet und das sogar zum Schaden der betroffenen Personengruppen" (ebenda).

Bereits 1987 hat der Deutsche Städtetag den Kommunen die Einrichtung einer Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit empfohlen. Ziel einer solchen Fachstelle soll es sein, die bestehende Obdachlosigkeit abzubauen und die Entstehung von Obdachlosigkeit im Vorfeld zu verhindern. Verwaltungsinterne und externe Fachkräfte betonen die Effizienz einer solchen Fachstelle, "wenn die personellen und finanziellen Ressourcen (gebündelt) bereitgestellt werden, d. h., daß die bisherigen Kompetenzen verteilt auf unterschiedliche Ämter zu einer Fachstelle zusammengefaßt werden" und "alle wohnungswirtschaftlichen und wohnungssichernden Aktivitäten der Stadt zusammengefaßt oder zumindest abgestimmt werden" (ebenda).

Die Mühlen von Verwaltung und Politik mahlen in Wilhelmshaven bisweilen beson-

ders langsam. Seit Ende der achtziger Jahre engagiert sich der Arbeitskreis "Wohnraum für alle", eine entsprechende Fachstelle einzurichten. Mehrfach schon sind Bemühungen, diese Fachstelle in die Wege zu leiten, gescheitert. Bei der Vorstellung des Konzeptes jetzt im Sozialausschuß gab es Zustimmung von allen Seiten. Lediglich ein Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes konnte in seiner - nach Worten eines Ausschußmitglieds - von "jeglicher Fachkenntnis ungetrübten" Stellungnahme keine soziale Verbesserung für wohnungslose Menschen, geschweige denn einen wirtschaftlichen Nutzen für den kommunalen Haushalt in der Installation einer "Fachstelle Wohnraum-



hilfe" erkennen.

So wird vermutlich bald der Arbeitskreis "Wohnraum für alle" das zehnjährige Bestehen der Fachstellendiskussion feiern können, ohne daß eine nennenswerte Bewegung in dieser Frage entstanden ist. Denn, so eine Ratsvertreterin gegenüber dem GEGENWIND: "Wenn das Rechnungsprüfungsamt sich quer stellt, läuft im Moment gar nichts". □



Nur noch wenige Tage wird der Wilhelmshavener Bahnhof das älteste öffentliche Gebäude der Stadt sein - dann wird er abgerissen. Der Arbeitskreis Wilhelmshavener Stadtbild schrieb in seiner zum 125. Geburtstag der Stadt erschienenen Broschüre "Was die Bomben verschonten ... vernichtete die Nachkriegspolitik!":

"So alt wie diese Stadt, so alt ist ihr Bahnhof. In jener Zeit, als König Wilhelm von Preußen dem neue Gemeinwesen an der Jade seinen Namen gab, begann man, hier ein Bahnhofsgebäude zu errichten. Im Frühjahr 1872 war es fertiggestellt und zählt seitdem zu den Charakteristika im Herzen der Stadt.

Jetzt, im Jubiläumsjahr, soll das baulich intakte, gründerzeitliche Haus niedergemacht werden. "Zeitgemäßes" muß her. Politische Initiative, planerische Kraft und künstlerische Gestaltungsinnovation dar-

auf zu verwenden, das mit der Gesamtheit unserer Stadtgeschichte verschmolzene Haus in ein künftigen Erfordernissen angepaßtes neugestaltetes größeres Bahnhofs-Ensemble integrierend einzupassen, Altes und Neues zukunftsweisend zu verbinden, gilt in unserer zweckrationalen Zeit als "unzeitgemäß". Altes stört - also hinweg damit!"

Die Broschüre ist zu beziehen über den Arbeitskreis Wilhelmshavener Stadtbild, Peter Hopp, Brahmstr. 53, 26386 Wilhelmshaven.



# ALLES NEU...

## DIE REFORM DER STADTVERWALTUNG IST NUN BESCHLOSSENE SACHE - WAS HEISST DAS?

(noa) Ein haushaltsloses Jahr ist ins Land gegangen; ob Wilhelmshaven 1996 einen genehmigungsfähigen Haushalt haben wird, steht derzeit noch in den Sternen. Der Schuldenberg jedenfalls ist beträchtlich, Wilhelmshavens Finanzsituation ist desolat.

Die beiden größten Ausgabenbereiche sind der Sozialhilfetopf und die Personalkosten. Für die hohen Ausgaben im Bereich Sozialhilfe trifft die Stadt keine Verantwortung. Die Abwälzung der Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Kommunen ist Folge der Bundesgesetzgebung. Was die Stadt in diesem Bereich kürzen kann, hat sie schon gekürzt: Nirgendwo sonst sind die einmaligen Beihilfen für SozialhilfeempfängerInnen so niedrig wie in Wilhelmshaven. Es wird hier immer nur der Mindestsatz gezahlt.

Daß die Stadt Wilhelmshaven ihre Ausgaben für das Personal kürzen soll, verlangt die Kommunalaufsicht schon seit Jahren. Und obwohl die Stadtverwaltung schon kräftig verschlankt wurde, liegen die Personalausgaben immer noch über denen vergleichbarer Kommunen im Regierungsbezirk, und die Bezirksregierung verlangt weitere Kürzungen.

Die Notwendigkeit der Senkung öffentlicher Ausgaben trifft nicht nur Wilhelmshaven. Andere Kommunen wie auch die Bundesländer stehen vor derselben Situation, wenn auch vielleicht nicht so kraß wie Wilhelmshaven. Stellenabbau durch Einstellungsstopp führt nun bei unveränderter Verwaltungsstruktur im allgemeinen zu erheblicher Mehrbelastung des verbleibenden Personals und dadurch zu Unzufriedenheit und erhöhtem Krankenstand.

Der Bund hat sich zwei große Zuschußbetriebe, die Bahn und die Post, vom Halse geschafft. Privatisierung ist eine Möglichkeit, öffentliche Kassen zu entlasten. Die Beschäftigten bei Post und Bahn können ein Lied davon singen, wie massiv ihre neuen Arbeitgeber rationalisieren, um die Personalkosten zu senken, und die KundInnen dieser Aktiengesellschaften haben die Sparmaßnahmen auch schon zu spüren bekommen (neuer Telekom-Tarif, Ausdünnung der Fahrpläne etc.)

Die Alternative zur Privatisierung ist die Umstrukturierung der Verwaltung. Die Verwaltungsreform des Landes Niedersachsen ist schon in vollem Gange, und einige Kommunen sind ebenfalls dabei, ihre Verwaltungen zu reformieren. Seit dem Sommer letzten Jahres ermittelten Berater der KGSt consult Kommunalberatung den Modernisierungsbedarf der Stadtverwaltung in Wilhelmshaven.

Die Vorarbeiten sind nun abgeschlossen; Ende November legte das Institut ein "Strategisches Handlungskonzept" für die Verwaltungsreform vor. In seiner Dezembersitzung stimmte der Rat diesem Reform-

projekt zu - ohne Gegenstimmen. Der "Modernisierungsbedarf bezieht sich ... sowohl auf grundlegende strukturelle Veränderungen als auch auf den Abbau zahlreicher motivations- und leistungshemmender Faktoren, die den Arbeitsalltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschweren", heißt es im Vorwort der Studie.

### Motivations- und leistungshemmende Faktoren

Fangen wir mit diesen letzteren an. Die Mitarbeiterbefragung per Fragebogen, die die Beratungsfirma im Sommer durchführte, ergab: Über ein Drittel der städtischen Verwaltungsangestellten erhält nicht oder nicht immer die für die tägliche Arbeit erforderlichen Informationen - auf Amtsleitererebene steht es in diesem Punkt sogar noch schlimmer: Über die Hälfte von ihnen beklagt Kommunikationsprobleme mit den Dezenten bzw. dem Oberstadtdirektor.

59 % derer, die einen Fragebogen erhalten und ausgefüllt haben, kennen keine regelmäßigen Dienstbesprechungen - da ist es fast schon wieder erstaunlich, daß doch immerhin fast zwei Drittel im allgemeinen gut informiert sind.

Die Beschäftigten, die solche regelmäßigen Teamsitzungen erleben, sind zu 23 % unzufrieden mit den Inhalten und je zu 26 % unzufrieden mit der Leitung und mit den Ergebnissen. Mangelhafte Vorbereitung und schlechte Gesprächsleitung führen zu unbefriedigenden Ergebnissen - es werden keine klaren Arbeitsaufträge formuliert und keine klaren Zuständigkeiten festgelegt, und Entscheidungen werden nicht als verbindlich betrachtet und zum Teil wieder umgestoßen. Kritisiert wird auch, daß Entscheidungen gefällt werden, ohne daß berücksichtigt wird, was für Auswirkungen sie auf andere Abteilungen haben.

Nicht nur hier wird ein Führungsdefizit deutlich. Weit über 60 % der MitarbeiterInnen bekommen von ihren Vorgesetzten nie oder selten eine Rückmeldung über die Qualität ihrer Arbeit, und wenn Feedback kommt, ist es häufig nur negatives.

Ein Kernproblem der Stadtverwaltung ist die Thematik "Aus- und Weiterbildung": Über ein Viertel der Beschäftigten nimmt seltener als alle vier Jahre an Fortbildungsveranstaltungen teil, und weit über ein Drittel hat noch nie Fortbildung genossen.

Daß trotz all dieser Mißstände die Arbeitszufriedenheit groß ist ( fast 90 % der Befragten arbeiten gerne oder überwiegend

Ab sofort noch mehr  
Gesundes für alle im

# Tarish

Fleisch aus kontrolliert  
ökologischer Landwirtschaft.  
frischer Fisch und  
Kaffee, Tee und Kuchen

gerne an ihrem Arbeitsplatz), ist erstaunlich und zeugt von einer großen Frustrationstoleranz der städtischen Beschäftigten.

### Elemente der Reform

Mit der Einführung von Dienstbesprechungen und der Erhöhung der Mittel für Fort- und Weiterbildung läßt sich noch keine Verwaltungsreform durchführen. Das Handlungskonzept der KGSt consult nennt als weitere Maßnahmen: Dezentrale Ressourcenverantwortung, Budgetierung, Produktentwicklung, Controlling und Berichtswesen, Kontraktmanagement, Prozeßoptimierung und Personalmanagement.

### Dezentrale Ressourcenverantwortung

"Bisher können einzelne Dienststellen die ihnen obliegenden Aufgaben nur indirekt steuern, da sie zwar die Fach- und damit die Ergebnisverantwortung haben, sie können aber keinen Einfluß auf die steuerungsrelevanten Ressourcen wie z.B. Personal, Finanzen und Organisation nehmen", stellt KGSt consult fest. So soll jedes Amt flott und gut arbeiten, und nach Möglichkeit auch noch wirtschaftlich dazu, aber wenn eine freiwerdende Stelle nicht wiederbesetzt wird, ein wichtiges Arbeitsmittel verschlissen ist und nicht neu beschafft wird oder wenn zusätzliche Arbeit (etwa durch mehr Inanspruchnahme durch die "Kundschaft") anfällt, dann kann es sehen, wo es bleibt - hier ist dann ein anderes Amt zuständig.

Durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten mangelt es an Kostentransparenz und damit häufig an Kostenbewußtsein. Die einzelnen Ämter haben keine Einflußmöglichkeiten. Um dies zu ändern, sollen die herkömmlichen Querschnittsbereiche wie z.B. das Personalamt künftig Dienstleister für die Fachämter sein. Das Zusammenspiel zwischen dem Servicebereich, den Facheinheiten und der Steuerung wird durch Vereinbarungen geregelt werden. Die einzelnen Ämter werden nicht nur für ihre Arbeitsergebnisse, sondern auch für die benötigten Ressourcen verantwortlich sein.



## Produktentwicklung

Eine Stadtverwaltung ist ein Dienstleistungsunternehmen. Begriffe wie "Produkt", "Produktgruppen" oder "Produktbereiche" muten hier zunächst einmal seltsam an. Man kann aber durchaus die Erstellung eines Wohngeldbescheides, die Einrichtung eines Sprachkurses oder die Ausstellung eines internationalen Führerscheins als Produkte einer Stadtverwaltung begreifen. Dann liegt es nahe, auch die Kosten, die für die Erstellung eines solchen Produkts eingesetzt werden müssen, zu untersuchen; es kann eine Kosten- und Leistungsrechnung vorgenommen werden. Bestandteil der Reform wird also die Aufstellung eines Produktkatalogs sein.

## Budgetierung

Budgetierung heißt, daß die einzelnen Ämter ein Budget zur Verfügung gestellt bekommen, innerhalb dessen sie selbständig wirtschaften können. Sie ist nicht ganz neu in Wilhelmshaven, sondern wurde schon vor der Reform erprobt - allerdings nur aus finanzwirtschaftlichen Erwägungen heraus, um durch Zusammenfassung von Haushaltspositionen Einspareffekte zu erzielen, und es wurden schon einzelnen Bereichen der Verwaltung "Belohnungen" gewährt, sofern sie innerhalb eines eingeräumten Budgets wirtschaften konnten. Echte Budgetierung als Teil der Verwaltungsreform wird allerdings einhergehen mit der dezentralen Ressourcenverantwortung sowie der Schaffung von Instrumenten zur Selbststeuerung der Fachbereiche.

## Controlling und Berichtswesen

"Wer benötigt welche Informationen zu welchem Zeitpunkt?" Diese Frage soll den Zusammenhang zwischen Controlling und Berichtswesen verdeutlichen. Es handelt sich also um mehr als Kontrolle im herkömmlichen Sinn (Vorgesetzter kontrolliert Untergebene) und ist ein Instrument zur umfassenden Information aller Beteiligten.

## Kontraktmanagement

Die herkömmliche hierarchische Struktur der Verwaltung (von oben wird bestimmt, was unten getan werden muß) soll abgelöst werden durch Leistungsabsprachen, in denen die Verantwortung für die Erstellung definierter Leistungen festgelegt und die erforderlichen Ressourcen bereitgestellt werden.

## Prozeßoptimierung/Qualitätszirkel

In der MitarbeiterInnenbefragung (s.o.) wurde deutlich, daß in der Stadtverwaltung hoher Bedarf an Verbesserung des Informationsflusses und an qualifizierterer Führung besteht. Deshalb soll auch die Prozeßoptimierung ein Reformbestandteil sein. Wenn Qualitätszirkel das bisherige Vorschlagswesen (das in der Regel nach dem Motto "Vorgesetzter streicht den Ruhm für gute Ideen der Mitarbeiter ein" funktioniert) ab-

lösen, kann das ein Schritt zu einer sich selbst verbessernden Organisation sein. Daß die Verwaltungsbeschäftigten bereit sind, ihn zu gehen, ergab die Befragung. Die Frage "Wären Sie bereit, persönliche Arbeitsleistung in den Reformprozeß Ihrer Stadtverwaltung einzubringen?" wurde von 54 % mit "Ja", von 33 % mit "Weiß noch nicht" und nur von 9 % mit "Nein" beantwortet.

## Personalmanagement

Am Ende der Reform werden die Beschäftigten andere Rollen innehaben als gegenwärtig - es macht einen Unterschied, ob man im gewohnten Trott seine Arbeit wie immer verrichtet oder ob man Einflußmöglichkeiten auch auf die Ressourcen hat. Umfangreiche Qualifizierungsmaßnahmen werden die Reform begleiten müssen. Daß auch und gerade die Vorgesetzten der Schulung bedürfen, wurde schon erwähnt. Die Entwicklung eines Führungskonzeptes wie eines Konzeptes für eine integrierte Personalplanung wird Bestandteil der Reform sein müssen.

## Pilotbereiche

Die Reform einer Stadtverwaltung dieser Größenordnung kann nicht innerhalb weniger Tage oder Wochen passieren. So bauen die oben skizzierten Elemente der Reform aufeinander auf und werden nicht alle gleichzeitig angegangen. Auch werden die ersten Projekte nicht in allen Ämtern gleichzeitig eingeführt, sondern sollen in Pilotbereichen erprobt werden. Das Beratungsinstitut verspricht sich davon einen Schneeballeffekt: Ist z.B. in einem Amt die Budgetierung erfolgreich eingeführt worden, wird dieser Schritt in anderen Ämtern leichter zu gehen sein. Diese Pilotbereiche sind das Ordnungsamt, die Volkshochschule und das Planungsamt.

Soweit das strategische Handlungskonzept. Die Umsetzung steht auf einem anderen Blatt. Die Bezirksregierung, in haushaltslosen Zeiten die Instanz, die jeden Pfennig genehmigen muß, den Wilhelmshaven ausgibt, unterstützt die Reform und wird dann ja wohl auch die erforderlichen Mittel bewilligen. Woran oder an wem der Verwaltungsumbau scheitern könnte, danach wurden die Beschäftigten in der Fragebogenaktion auch gefragt. Nach den fehlenden Finanzen war die zweithäufigste Nennung: "Die Verwaltungsführung". Die befragten Amtsleiter befürchteten in der Umfrage eher, daß "die Gewerkschaften" ein Scheitern der Reform verschulden werden. Vielleicht liegt dieser Befürchtung die Dienstvereinbarung zugrunde, die ÖTV und DAG mit dem Land Niedersachsen für die Landesverwaltungsreform ausgehandelt und abgeschlossen haben. Die Schutzbestimmungen für das Personal sind dort so weitreichend, daß selbst Gewerkschaftsmitglieder fragen, ob und inwieweit da noch eine Reform durchführbar sein wird.

Die KGSt consult hat schon andere Kommunen in ihrer Verwaltungsreform beraten und begleitet. Ihr Konzept zielt in erster Linie auf Effektivierung der Verwaltung und damit größere Zufriedenheit der Beschäftigten und der BürgerInnen - die Einsparung, die durch das Steuerungsmodell zu erzielen ist, ist vom Konzept her ein willkommener Nebeneffekt.

Wilhelmshaven strebt die Verwaltungsreform jedoch zunächst einmal unter dem Druck der leeren Kassen an. Man wird sehen, ob durch diese Voraussetzungen das Konzept verwässert oder mißbraucht werden soll oder kann - nicht zuletzt wird das davon abhängen, ob und inwieweit die Beschäftigten sich in den Reformprozeß einbringen und aufpassen. □

Im nächsten Gegenwind werden wir darüber berichten, wie der Gesamtpersonalrat zur Verwaltungsreform steht und was er tun wird, um die Beschäftigten zu schützen.

**KULTUR · KOMMUNIKATION**



WHV Zentrum  
Börnsenstraße/  
Ecke Mitterherlichstraße

\*\*\*\*\*

**Freitag und Samstag  
21.00 bis 3.00 Uhr:  
MusicHall**

**bis jeweils 24.00 Uhr  
Tequila-Party - diverse Sorten  
DM 2.-**

**Jeden Samstag 15.00 Uhr:  
Fußball auf Großbild  
(2 X 2 Meter)**

\*\*\*\*\*



WHV Zentrum  
Börnsenstraße/  
Ecke Mitterherlichstraße

**MUSIK FÜR DICH**

Taglich ab 10.00 Uhr (Sonntag 11.00 Uhr)  
**FRÜHSTÜCKSVARIATIONEN**  
Zusätzlicher Kaffee zum Frühstück:  
Tasse 1,- DM



# EIN VEREIN IM VEREIN

## SVW-VORSTAND REAGIERT AUF GEFORDERTEN LIEBESENTZUG

(ub) Die Geschäftsführung des Sport Verein e. V. Wilhelmshaven (SVW) hat in einem Brief energisch gegen vom GEGENWIND erhobene Anschuldigungen gegen den SVW protestiert. Der Faschist Robert Baar ist demnach nicht - wie von uns dargestellt - Mitglied des SVW-Vorstandes. Die 1. Herren-Fußballmannschaft des SVW wird allerdings ausschließlich finanziert und organisiert von der "sogenannten Managementgruppe SVW '92", und in diesem Führungsgremium steht Robert Baar für "besondere Aufgaben" zur Verfügung.

"Ob die Wilhelmshavener Bevölkerung wohl zu einem Liebesentzug gegenüber dem SVW zu gewinnen ist, solange der Faschist Robert Baar in diesem Verein seine besonderen Aufgaben erfüllt? fragte Hannes Klöpfer in einem Kommentar unserer letzten Ausgabe. Hintergrund: Teile der Wilhelmshavener Wirtschaft und Politik haben offensichtlich keine Berührungsängste gegenüber rechtsradikalen Kreisen. Kapitalstarke Faschisten pflegen mit Sozial- und Christdemokraten ganz normale Geschäftsbeziehungen.

Wie man noch sehen wird, hat selbst unser fußballbegeisterter Oberbürgermeister Eberhard Menzel seine liebe Not, diese Spitzfindigkeiten auseinanderzuhalten. Die besonderen Regelungen der Fußballmannschaft Wilhelmshaven 92 in Beziehung zum SVW gründen sich auf die Fusion der jeweils 1. Fußballmannschaft des SVW und des TSR Olympia Wilhelmshaven im Jahre 1992. Diese beiden Mannschaften wurden seinerzeit aus sportlichen und finanziellen Überlegungen zusammengefaßt, mit dem



Auf dem in der WZ veröffentlichten Foto: Das Gremium des Fußball-Regionalligisten SVW '92. Stehend von links: Bernd Kirchner (Liga-Obmann), Robert Baar (Bes. Aufgaben), Helmut Voges (stellv. Sprecher), Bernd Rech (Bes. Auf-

Auf einem Foto erschienen in der WZ vom 28. 10. 95 wurde "das SVW '92. Führungsgremium" vorgestellt. Einträchtig versammelt in diesem Gremium u. a.: Helmut Voges, Autohausbesitzer und SPD-Mitglied, Claus Baak, Speditionsbetreiber, CDU-Mitglied, Bernhard Rech, Eigentümer einer Baufirma und CDU-Ratsmitglied sowie Robert Baar, Immobilienmakler und Mitglied diverser faschistischer Organisationen mit wechselnden Namen.

Die Geschäftsführung des SVW teilte uns in einem Brief mit, daß "außer Dr. H. Herrnberger ... von diesen Herren keiner Vereinsmitglied im SV Wilhelmshaven e. V. (Kurzform: SVW)" ist, und daß "SVW '92" (nur 1. Herren-Fußballmannschaft) ... zwar ein Bestandteil unseres Vereins (ist) ... aber im finanziellen und organisatorischen Management in der Zuständigkeit der Managementgruppe SVW '92 steht".

gaben), Claus Baak (Marketing), Hans Möller (Sport). Vorne v. l.: Uwe Peters (Finanzen), Hans Boesken (Personal), Dr. Hans Herrnberger (Sprecher) und Trikotsponsor Rainer Lückemann.

Ziel (wieder) ein attraktives (sprich erfolgreiches) Team im sportlich oberen Bereich aufzubauen. Beide Vereine sollen vor der Fusion ca. 200.000.- DM in die jeweils erste Mannschaft investiert haben. In Fachkreisen spricht man davon, daß derzeit jährlich 1 Million DM für die Mannschaft Wilhelmshaven 92 zur Verfügung stehen. Das Akquirieren dieser finanziellen Mittel fällt allein in den Aufgabenbereich der oben genannten "Managementgruppe SVW '92", die auch für Spieler- und Trainerverpflichtungen sowie für die sonstige Organisation dieser Mannschaft verantwortlich zeichnet. Verbandsrechtlich ist Wilhelmshaven '92 dem SVW angegliedert. Sie könnte sonst nicht am laufenden Spielbetrieb teilnehmen. Sie ist juristisch gesehen damit ein Teil des Sport Verein Wilhelmshaven.

Die Geschäftsführung des SVW bittet den GEGENWIND um "Beweismaterial zur eigenen Würdigung und Entscheidung" hinsichtlich den "erhobenen Anschuldigungen gegenüber Einzelpersonen, die im Umfeld unseres Vereins angesiedelt sind" und erwartet eine "differenziertere und konkretere Beurteilung seiner Situation".



Um den bisherigen politischen Werdegang des Robert Baar aufzuzeigen, stellen wir gerne einen Kontakt zum antifaschistischen Bündnis her, denn die Auflistung von Baars geschäftlichen und politischen Aktivitäten würde den Rahmen dieses Artikel bei weitem sprengen. Sie sind dem regelmäßigen GEGENWIND-Leser bestens bekannt. Auch empfehlen wir, mit den treuen Anhängern des Wilhelmshavener Fußballsports näher in Kontakt zu treten. Schon zu Zeiten, in denen der TSR Olympia Wilhelmshaven noch sportliche Glanzlichter setzte und Publikumsmagnet für die gesamte Region war, schlich sich Robert Baar in die Fangerade. Seinerzeit versuchten Neofaschisten bundesweit, in den Fangruppen politisch Fuß zu fassen.

Ob eine noch so differenzierte Darstellung der Beziehungen zwischen dem SVW und der Managementgruppe SVW '92 den SVW vor Ruf- und damit Vereinsschädigung bewahrt, muß bezweifelt werden. Über OB Menzel beispielsweise stand am 24. 1. 96 in der WZ zu lesen, daß er "nicht mehr zum Fußball (gehe), seit er wisse, daß dort ein Immobilienmakler aus dem rechtsradikalen Umfeld im Management tätig sei." □

# NATURATA

## Das Fachgeschäft für Naturkost und Naturwaren

Obst + Gemüse  
Täglich frische Backwaren

Wilhelmshaven  
Gökerstraße 58

# RADIOHÖREN SOLL WIEDER SPASS MACHEN!

GESPRÄCH MIT MICHAEL DIERS, DEM ERSTEN VORSITZENDEN VON JADE-RADIO-LOKALFUNK E.V.

(hk/ts) In Wilhelmshaven gibt es, wie unseren Lesern bekannt sein dürfte, zwei konkurrierende Initiativen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, den Raum Wilhelmshaven/Friesland mit Rundfunksendungen zu versorgen. Auf der einen Seite "Jade-Radio-Lokalfunk e.V.", der seine Wurzeln bei Radio Überleben hat, auf der anderen Seite die "Interessengemeinschaft Lokalradio Wilhelmshaven-Friesland GmbH", die vom WZ-Verleger Adrian initiiert wurde. Der GEGENWIND sprach mit Michael Diers, dem Vorsitzenden von Radio Jade, unter anderem über eine mögliche Fusion der beiden Initiativen.

**GEGENWIND:** Wie steht es nun um Radio Jade, wird es zu einer Fusion der beiden Gruppen kommen? Paßt das denn nicht zusammen: Auf der einen Seite das Lokalradio mit dem nötigen Kleingeld und auf der anderen Seite Radio Jade mit dem Know-how und den engagierteren Leuten?

**Diers:** Auf Initiative des Lokalradios kam es Ende letzten Jahres zu einem ersten Treffen der Gruppen. Die hatten durchaus in Erwägung gezogen, mit uns zu fusionieren. Aber eigentlich ging es mehr darum, daß wir bei denen mitmachen sollten. Wir sind ja von der Landesmedienanstalt aufgefordert, untereinander Kontakt aufzunehmen und abzuschätzen, ob es nicht doch zusammen geht.

**GEGENWIND:** Was sagen denn eure Mitglieder dazu?

**Diers:** Wir können gegenüber unseren Mitgliedern schlecht verkaufen, daß wir mit der anderen Gruppe zusammengehen. Viele von denen sagen klipp und klar, daß sie bei uns mitmachen, eben weil wir nicht zur WZ gehören. Wir würden ja auch an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn wir auf der einen Seite sagen, daß wir ein unabhängiges Radio machen wollen und sitzen plötzlich mit der WZ zusammen. Das kann eigentlich auch die Landesmedienanstalt nicht wollen. Schließlich sollen die lokalen Radios die Medienvielfalt wieder herstellen.

**GEGENWIND:** Wie verhalten sich Wilhelmshavens Politiker in dieser Frage?

**Diers:** Da ist ziemliche Funkstille. Wir haben uns mehrmals an Oberbürgermeister Menzel gewandt, haben aber im Prinzip nie eine konkrete Antwort bekommen - es kam nie eine Reaktion. In einigen SPD-Ortsvereinen, wo wir unsere Sache vorstellten, gab es sicherlich eine positive Tendenz pro Radio Jade; es gab aber nie eine eindeutige Stellungnahme. Vom Oberstadtdirektor kam keine Antwort. Über Umwege haben wir schon gehört, daß es einige gibt, die Radio Jade wollen - aber das wird nicht öffentlich kundgetan.

**GEGENWIND:** Also Wilhelmshavens Politik und Verwaltung äußern sich nicht.

**Diers:** Das gilt aber auch für Jever. Einzig

Schortens hat ein deutliches Wort für uns gesprochen. Wilfrid Adam hat nach einem Treffen zu uns gesagt, daß er uns eigentlich ganz gut findet. Aber das war auch alles.

**GEGENWIND:** Habt ihr schon Räumlichkeiten?

**Diers:** Die Tendenz geht eindeutig Richtung TCN. Die dort vorhandenen Räumlichkeiten bieten sich mehr an, als die anderen Alternativen, die wir ins Auge gefaßt haben. Das TCN liegt zentral, ist stark nach Wilhelmshaven orientiert liegt aber in Friesland. Aber in dieser Sache ist noch nichts entschieden.



**GEGENWIND:** Wer wird bei Radio Jade das Sagen haben?

**Diers:** Radio Jade wird eine demokratische Struktur bekommen. Die Redakteure werden von der Mitgliederversammlung gewählt und sind den Mitgliedern gegenüber verant-

Das Überraschungsei: Jade gegen den Strich Gesundheit	<b>Kinder &amp; Schule</b> Fragen, Antworten und aus dem Schulalltag geplaudert
	<b>Wir sind .....</b> Vereine der Region stellen sich vor

Zeitschema	Montag
<b>Mo-Fr:</b> 5.55 - 6.05 Uhr (Sa-So, Feiertag: 8.55 - 9.05)	Lokal-Nachrichten, Welt-Nachrichten, Weiter, lokale Verkehrshinweise

wortlich. Dennoch wird die Redaktion autark sein. Um schnell und präzise zu informieren, können wir natürlich nicht jedesmal eine Mitgliederversammlung einberufen.

**GEGENWIND:** Brauchen Wilhelmshaven und Friesland eigentlich ein eigenes Radio? Das Interesse hier ist ja nicht besonders groß.

**Diers:** Wenn wir in Wilhelmshaven eine Umfrage machen würden - ich glaube da gäbe es schon sehr viele negative Aussagen. Wer weiß denn schon, was hier geplant ist? Die WZ hat ja nun mal nicht dazu beigetragen, unsere Vorstellungen und Ziele bekannt zu machen. Schon das zeigt meiner Meinung nach, daß ein lokales Radio hier Sinn macht. Wann hört man denn im Radio, sei es der NDR oder Radio Bremen, schon mal etwas über Wilhelmshaven, Jever oder Varel? So gut wie nie! Mit einem Lokalsender würde das plötzlich ganz anders aussehen - da wären diese Orte plötzlich die Hauptakteure. Die Bevölkerung würde plötzlich ihre eigene Stimme im Radio hören - und da macht Radio Sinn.

**GEGENWIND:** Wir stellt ihr euch denn die Struktur eures Programms vor?

Informationen von der  
Jade, Brennpunkte

**Die Made in der Jade:**  
Meckern, Schweinereien

Termine, Tips  
Veranstaltungen,

Chronik: Heute vor  
..... Jahren

**Diers:** Wir haben uns natürlich mit den Hörgewohnheiten auseinandergesetzt. Für die meisten dudelt das Radio so nebenbei. Wir wollen ein anderes Radio. Wir wollen nicht nur die Kurzinfos von zweieinhalb Minuten bringen. Wir wollen hintergründiger informieren und gleichzeitig unterhalten. Die gesamte Medienstruktur wird sich ändern, wenn Radio Jade auf Sendung geht - bis hin zur WZ.

**GEGENWIND:** Habt ihr eine bestimmte Zielgruppe, nach der ihr euer Programm ausrichtet?

**Diers:** Wir wollen alle Gruppen, alle Bereiche ansprechen. Wir haben ein sehr breites Spektrum über das wir berichten werden, das geht von der Landwirtschaft über Kinder, Frauen, Umweltschutz, Kommunalpolitik



hin zur Kultur usw. Das ist natürlich auch eine Frage des Personals. Wir haben ja schon sehr gute Leute, Leute, die schon seit langem Radio machen - in dem Bereich sind wir der anderen Initiative, glaube ich, weit voraus.

**GEGENWIND:** Die hat gerade eine Anzeige veröffentlicht, daß sie Mitarbeiter sucht. Zurück zur Programmstruktur - was soll denn konkret bei Radio Jade ablaufen?

**Diers:** Wir haben eine Sendestruktur ausgeklügelt, die unser Radio interessant machen soll. Vielfältige Informationen und einen Musikeil, der sich von dem Einheitsgedudel der meisten Sender stark unterscheidet. Wir wollen, daß die Leute wieder Radio hören - sowohl von den redaktionellen Beiträgen als auch von der Musik her. Radio hören soll wieder Spaß machen und nicht nur nebenher laufen.

<b>Mo-So: 18.05 - 19.55 Uhr:</b>	<b>Wir sind .....</b> Vereine der Region stellen sich vor
<b>Mo-So: 20.05 - 21.55 Uhr:</b>	<b>Kontrapunkt</b> Zwei konträre Musikmachende diskutieren über Gemeinsamkeiten

**GEGENWIND:** Hervorgegangen ist Radio Jade bekanntlich aus Radio Überleben - dem engagierten Piratensender während des Widerstandes gegen die Schließung von AEG Olympia. Hat Radio Jade ein ähnlich geartetes Konzept? Hat sich dieses nach dem Auftauchen der zweiten Radio-Gruppe verändert?

**Diers:** Teils teils. Wir hatten von Anfang an damit zu kämpfen, daß man uns als Gewerkschafts- und GEGENWIND-Radio ansah. Bestimmte Kreise in dieser Stadt verbreiteten dieses Gerücht vehement. Dagegen mußten wir uns wehren - nicht weil wir uns inhaltlich davon distanzieren. Einfach nur weil es nicht stimmte, und weil unsere Position als unabhängiges Radio darunter litt. Da mag vielleicht mal der Eindruck entstanden sein, daß wir unsere Richtung änderten, was aber nicht der Fall war. Der Ansatz von Radio Überleben steckt, glaube ich, bei uns allen noch drin: Ein Radio für alle zu machen, ein Radio, welches für die Belange der Bürgerinnen und Bürger eintritt. Wir wollen den Menschen die Möglichkeit zum Widerspruch geben. Durch Radio Jade werden die Stimmen der Leute wieder gehört und sie merken, daß sie ernstgenommen werden. □

<b>Marktplatz Radio Jade live vor Ort</b>	<b>Kindermund</b> Die Sendung mit Kindern und für Kinder
---	---

## Kommentar

### Rund ums Lokalradio

Da gibt es nun in Wilhelmshaven zwei Initiativen, die gern den Bürgerinnen und Bürgern dieses Gebietes etwas Neues bieten wollen: Einen örtlichen Rundfunksender.

Da ist einmal der Verein "Jade-Radio-Lokalfunk e. V.", der sich bereits seit über zwei Jahren, als das entsprechende Gesetz zur Schaffung eines nicht kommerziellen Lokalfunks noch gar nicht verabschiedet war, mit dem Projekt beschäftigte. Eine kleine Gruppe zuerst, die sich mit den Bausteinen für einen Ortssender befaßte, doch bald stießen weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger dazu: Aus der Interessengemeinschaft wurde ein eingetragener Verein.

Die zweite Gruppe, die sich erst jüngst organisierte, nennt sich "Interessengemeinschaft Lokalradio Wilhelmshaven-Friesland GmbH". Soviel ist bekannt. Hatte man sich in Sachen Öffentlichkeitsarbeit bislang eher bedeckt gehalten, so warf man mit einer Anzeige am 21.1.96 in der WZ den Hut in den Ring. Da wurden Redakteurinnen/Redakteure gesucht "da man gute Aussichten hätte, die Lizenz zu erhalten".

### Die Unterschiede

Anders als bei einem Verein, der Mitgliedsbeiträge einzieht, läuft es bei einer GmbH. Hier müssen die Gesellschafter einen Festbetrag (mindestens 500.-) einbringen. Die GmbH muß eine Gesamtsumme von 50.000 DM nachweisen können. Im Verein hat bei Abstimmungen jedes Mitglied eine Stimme, bei der GmbH geht es nach der Einlagenhöhe. So hat jeder Gesellschafter pro 100 Mark-Einlage eine Stimme. Wer viel Geld hat bestimmt den Kurs.

Als Gesellschafter gehören zur Zeit u.a. die Kaufleute Leffers und Rech als Vertreter der "Bürger Wilhelmshavens", die Hafengewerkschaftsvereinigung und die Jade-Medien GmbH (eine Tochter der Firma Brune-Mettcker-Druck) der Interessengemeinschaft an. Zu den weiteren Geldeinlegern gehören dem Vernehmen nach der Stadtsporthub, die Arbeiterwohlfahrt, das Deutsche Rote Kreuz und sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche.

Wenn der Stadtsporthub von der finanziell arg gebeutelten Stadt trotzig Zuschüsse einfordert, wenn das Rote Kreuz in Straßen- und Haussammlungen die Bürger um Spenden angeht, wenn die Arbeiterwohlfahrt um milde Gaben und Mitglieder wirbt, dann aber trotz angeblicher Kassenleere in die Tausende gehende Gesellschafteranteile erworben werden, dann stimmt doch etwas nicht. Diese Gesellschafter werden ihr Tun ihren Mitgliedern und Anhängern wohl eingehend erklären müssen.

### Und die Parteien?

Die SPD-Ratsspitze, allen voran der Oberbürgermeister, der keine Versammlung eines Kleintierzüchtervereins ausläßt, hat sich bislang nicht die Mühe gemacht, beim Radio-Verein einmal vorbeizuschauen. Der SPD-Unterbezirksvorsitzende hat ein vor Monaten an ihn gerichtetes Schreiben einfach noch nicht beantwortet.

Daß die CDU mit Radio Jade keinen Kontakt sucht, erklärt sich schon daraus, daß in der GmbH Christdemokraten wie der ehemalige Staatssekretär Gottschalk fleißig mitmischen.

Und die Bündnis-Grünen? Schließlich sind sie es auf Landesebene gewesen, die maßgeblich am Mediengesetz mitgestrickt haben. Doch hier in der Provinz schert man sich nicht darum - man hat bekanntlich andere Sorgen. *Redaktion*

Informationen von der Jade, Brennpunkte
<b>Sonne, Wind und Meer:</b> Tourismus, Urlaub etc.
Termine, Tips Veranstaltungen,
Chronik: Heute vor ..... Jahren
<b>Frau im Radio</b> Themen von Frauen aufgedeckt
Arbeit und Soziales
Frage der Woche

# Bistro & Musikcafé



## Saxophon

**26384 Wilhelmshaven**  
**Gökerstraße 95**  
**Telefon (0 44 21) 3 78 59**

Jeden Dienstag Studentenbewegung mit Dauertiefpreis!

# FRISCHES FLEISCH FÜR DIE WELTHERRSCHAFT

**“SCIENTOLOGY, EINE TICKENDE ZEITBOMBE IN DER WIRTSCHAFT”**

(ub) “Scientology ist keine Religionsgemeinschaft oder Sekte, Scientology ist ein Wirtschaftssyndikat vergleichbar mit der Mafia. Diese Organisation ist totalitär, militärisch organisiert und faschistisch orientiert”, so Renate Hartwig, Bestsellerautorin und Fachfrau in Sachen Scientology auf einer Veranstaltung der Raiffeisen-Volksbank im Jeverschen Schützenhof. Die bundesweite Infiltration von Wirtschaftsbetrieben und Spitzenverbänden ist mittlerweile Hauptziel der Organisation. Auch in Wilhelmshaven agieren scientologygesteuerte Betriebe. Scientology ist derzeit besonders im norddeutschen Raum expansiv tätig.

Wer kennt ihn nicht, den penetrant freundlich und gut gekleidet auftretenden Vertretertyp mit dem “Dianetik“-Buch, der Bibel der Scientology-Jünger, unterm Arm in der Fußgängerzone auf der Suche nach “frischem Fleisch” (Scientologyterminologie)? Wer sich in ein Gespräch verwickeln läßt erfährt, daß er nur 10 % seiner geistigen Kapazität nutzt, und daß man ihm helfen will, mit einem Test sein wahres geistiges Potential zu erfahren. Wer den Test ausfüllt - alles kostenlos natürlich - bekommt bald einen Anruf aus einer der vielen Scientologygeschäftsstellen. Egal wie man auf die 200 Testfragen antwortet, das Ergebnis ist immer gleich katastrophal: Schwere Persönlichkeitsstörungen werden attestiert und Kurse und Trainings zur Abhilfe angeboten. Wer jetzt z. B. einen Kommunikationskurs bucht, steckt schon in den Klauen von Scientology.

Oberstes Ziel dieser Organisation ist derzeit jedoch, so Renate Hartwig, die Unterwanderung der Wirtschaft, um über wirtschaftliche Potenz an die Schaltstellen politischer Macht zu gelangen. Denn das Ziel von Scientology ist, so obskur das auch klingen mag, die Weltherrschaft. Gegenüber dem GEGENWIND bestätigte Renate Schmidt, daß auch die AGV Atlantis, eine in Hamburg ansässige Immobilienverwaltungsfirma, von Scientologen gesteuert wird. AGV Atlantis verwaltet mehrere Mehrfamilienhäuser in Wilhelmshaven. So z. B. in der Weserstraße 121. Der GEGENWIND berichtete über katastrophale Wohnverhältnisse in diesem Haus. Die AGV Atlantis mischte mit, als die Wohnungen dort in Eigentum umgewandelt wurden und an ahnungslose Kapitalanleger erheblich überteuert im süddeutschen Raum veräußert wurden.

Doch Namen sind Schall und Rauch, die von Scientology gesteuerten Firmen ändern ihre Namen nach Belieben. Kaum enttarnt, tauchen sie kurz ab, um alsbald mit neuem Titel wieder in gleicher Branche ihre Geschäfte zu betreiben. Der Begriff “Scientology” wird bei allem geschäftlichen Treiben tunlichst vermieden, auch der Name des Gründers der Organisation und einstmalige Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard taucht nicht mehr auf.

Es geht den Scientologen in erster Linie nicht darum, Firmen und Konzerne vollständig zu besitzen. Sie wollen Betriebe kontrollieren, indem sie Schlüsselpositionen besetzen, um so in Kooperation mit anderen Scientologyunternehmen ihre wirtschaftliche Macht auszuweiten. Die Sozialpädagogin Renate Hartwig weiß, wovon sie spricht, wenn sie über Unterwanderungsmethoden der Scientologen berichtet. Das Geschäft ihres Mannes wurde Ende der achtziger Jahre durch die Scientology ruiniert.

Managementkurse, Personalgewinnung und -beratung als Dienstleistung für Unternehmen jeder Größe sind aktuell die Türöffner für Scientology. Sie bieten unter ständig wechselnden Namen ihre “Hilfe” bei der Mitarbeiterschulung an. Im Bereich der Weiterbildung und Personalberatung “ist die Wahrscheinlichkeit fast höher, auf einen WISE-Lizenznehmer ( WISE = World Institute of Scientology Enterprise, der Verf.) zu stoßen als auf eine Firma, die mit Scientology nichts zu tun hat” (Renate Hartwig in “Die Zeitbombe in der Wirtschaft”). Wenn Unternehmer oder Mitarbeiter ein Weiterbildungsangebot wie etwa sog. Effizienztrainings der Scientologen buchen, läuft alles nach bewährtem Strickmuster ab: Persönlichkeitstest, Kommunikationskurse, Einführung in die obskure Denk- und Sprachweise der Scientologen usw. Der so geschulte Manager, Geschäftsführer oder leitende Angestellte wird zum trojanischen Pferd in seiner Firma.



“Scientology-Fachfrau” R. Hartwig. Foto: Brams

## Essthetik von



# JONATHAN

**Naturkostladen  
Marktstr. 86  
Tel. 04421/13438**

Noch fataler ist es, wenn Unternehmen unwissentlich ihre Personalgewinnung scientologisch kontrollierten Dienstleistungsfirmen überlassen. Diese Firmen schalten im Auftrag und auf Kosten der Unternehmen Stellenangebote. Den Bewerbern wird der arbeitsrechtlich gesehen illegale Persönlichkeitstest unterbreitet. Erneut “rohes Fleisch” für Scientology. Dem Unternehmen als geeigneter Mitarbeiter wird dann oftmals ein Scientologe vermittelt.

Derzeit, so Renate Hartwig, ist Scientology dabei, sich verstärkt im norddeutschen Raum auszubreiten. Zielgruppen sind alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen.

Zunehmend im Raum Bremen, Delmenhorst und Oldenburg tauchen Anzeigen auf, in denen letztendlich immer wieder die Management-Technologie von L. Ron Hubbard verkauft wird. Z. B. bieten Scientologen unter dem Titel “Wollen Sie sich selbständig machen als Frau” eine Ausbildung zur Farb- und Stilberaterin an. Kosten der Ausbildung: 7.000,— DM. Die Ausbildung beginnt wie gehabt mit einem Kommunikationskurs als Einstieg in die Denk- und Sprachweise der Scientology. In Niedersachsen existieren nach Aussage von Renate Hartwig mehrere Reiterhöfe, in denen versucht wird, bereits Kinder und Jugendliche mit der Scientologyideologie vertraut zu machen.

Fortsetzung Seite 13



Fortsetzung von Seite 12

Renate Hartwig hat gemeinsam mit ihrem Mann die "Schutzgemeinschaft Robin Direkt e. V." gegründet, um Aufklärung über die Praktiken der Scientology zu betreiben und Aussteigern Hilfe anzubieten. Denn: "Die Politik wird das Problem nicht in den Griff kriegen, Scientology ist bisweilen lediglich Wahlkampfthema" (R. Hartwig). Immerhin, im Januar 1996 ist im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine Broschüre über "Ziele, Praktiken und Gefahren" der Scientology-Organisation erschienen. Die Ministerin Claudia Nolte im Vorwort dieser Broschüre: "Scientology vereint unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft Elemente der Wirtschaftskriminalität und des Psychoterrors... Ich halte Scientology für eine der aggressivsten Gruppierungen in unserer Gesellschaft..." □

## ABENTEUER & FREIZEIT



Bekleidung, Zelte,  
Rucksäcke, Boote  
und Schlafsäcke

**UNTERWEGS**

Göker-/Ecke Peterstraße  
Tel.: 04421/42912

Die "Schutzgemeinschaft ROBIN DIREKT e. V." verbreitet jeden Monat eine neue Ausgabe des "Robin Direkt Report". Ziel dieses Reports ist die Verbreitung neuester Erkenntnisse über Scientology. "Aufgeklärte Unternehmer und Mitarbeiter sind der beste Schutz vor Unterwanderung durch Scientology" (ROBIN DIREKT). Ein Förderabo dieses zwölfseitigen Reports ist für den Preis von DM 430, — jährlich zu beziehen unter: Schutzgemeinschaft Robin Direkt e. V. 89282 Pfaffenhofen, Postfach 44.

# NA SIEHSTE!

## "EINPHASIGE" LEHRKRÄFTE MÜSSEN NACHVERSICHERT WERDEN

(noa) Unter der Überschrift "Pech gehabt?" berichtete der Gegenwind in seiner Ausgabe 127 von einem Lehrer aus Wilhelmshaven, der als (vermeintlich) einziger von Hunderten oder Tausenden von LehrerInnen gegen das Land klagte, um seine rückwirkende Rentenversicherung durchzusetzen.

Für die, die es damals nicht gelesen haben oder sich nicht erinnern: Betroffen sind Lehrer und Lehrerinnen, die die "Einphasige Lehrerausbildung" (ELAB) durchlaufen haben, die an der Universität Oldenburg einige Jahre lang als Modellversuch lief. Diese KollegInnen studierten länger als zweiphasig ausgebildete; dafür hatten sie jedoch keinen Vorbereitungsdienst (Referendariat) zu leisten; ihre schulpraktische Ausbildung absolvierten sie im 3. Studienabschnitt. Im Unterschied zu den auf üblichem Wege ausgebildeten Lehrkräften waren sie während der praktischen Ausbildung nicht sozialversichert, obwohl sie wie ReferendarInnen bezahlt wurden. Diejenigen, die nach dem Studium verbeamtet wurden, braucht das nicht zu ärgern, da ihre Pensionsansprüche dadurch nicht geschmälert werden. Sehr viele Lehrkräfte arbeiten jedoch - im Landesdienst oder bei anderen Arbeitgebern - als Angestellte, und deren Rentenanspruch sinkt deshalb.

Franz Kleinert aus Wilhelmshaven, Absolvent der ELAB, fand das ganz und gar ungerecht, zumal da einphasig ausgebildete Juristen rückwirkend sozialversichert wurden. Und so tat er zweierlei: Er verklagte das Land, und er wandte sich an die Öffentlichkeit.

Die Resonanz auf den damaligen GEGENWIND-Artikel fand er eher enttäuschend. Nur etwa zehn gleichermaßen Betroffene meldeten sich bei ihm, um sich über seinen Rechtsstreit und seine juristische Argumentation zu informieren und ebenfalls ihre Ansprüche durchzusetzen. Jetzt hat Franz Kleinert erfahren, daß seine Sache mittlerweile gute Aussichten auf Erfolg hat. Schon etwa zwei Jahre vor ihm hat eine gleichermaßen betroffene Lehrerin eine entsprechende Klage erhoben - mit Erfolg in der ersten Instanz.

Das Sozialgericht Hannover verurteilte die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, von der Klägerin und vom Land Niedersachsen die Beiträge zur Rentenversicherung entgegenzunehmen, und gleichzeitig das Land Niedersachsen, seinen Arbeitgeberanteil an diesen Beiträgen nachzuentrichten. Die Begründung für dieses Urteil liegt ganz auf der Linie, auf der auch Kleinert argumentiert, und bestätigt ihn darin, seinen Anspruch weiterhin geltend zu machen:

Der 3. Studienabschnitt der ELAB entsprach dem Vorbereitungsdienst (Referendariat) in der zweiphasigen Lehrerausbildung, und die Studierenden waren in diesen letzten 3 Semestern "im wesentlichen den gleichen

Rechten und Pflichten unterworfen wie die übrigen vergleichbaren 'Auszubildenden' des Landes Niedersachsen für den Beruf des Lehrers, also die Referendare", und der "Gesetzgeber (wollte) die Teilnehmer einphasiger Ausbildungen nicht gegenüber denen von zweiphasigen Ausbildungen benachteiligt sehen (...). Die Einrichtung einphasiger Ausbildungen hatte nicht zum Ziel, die versicherungsrechtliche Stellung der Teilnehmer zu verändern, sondern die Möglichkeit zu schaffen, zu erproben, ob eine verbesserte Ausbildung gegenüber dem herkömmlichen Modell möglich wäre. ... Es ist nach Auffassung der Kammer auch nicht möglich, die Versicherungspflicht dadurch zu umgehen, daß man eine Tätigkeit, die tatsächlich zur Ausbildung ausgeübt und entsprechend vergütet wird, als etwas anderes - z.B. als Studium - bezeichnet oder versucht, den tatsächlichen Charakter der Tätigkeit durch eine entsprechende Gestaltung der Rahmenbedingungen, die aber an dem Wesen der Tätigkeit als solcher nichts ändern, unkenntlich zu machen."

Auch der Vergleich mit der einphasigen Juristenausbildung, den Kleinert gezogen hatte, wird in dem Urteil herangezogen und als Bekräftigung für die Verpflichtung zur Nachversicherung der ELAB-Lehrkräfte genannt.

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden, und laut Auskunft der Bezirksregierung Weser-Ems kann frühestens Ende des 1. Quartals 1996 mit einem Urteil des Landessozialgerichts gerechnet werden. Kleinert hat sein eigenes Verfahren deshalb erst einmal auf Eis gelegt und wartet dieses Urteil ab. Er wiederholt aber seinen Aufruf an ehemalige ELAB-StudentInnen, ihre Nachversicherung einzufordern. Für die Argumentationslinie können sie das Urteil des Sozialgerichtes Hannover vom 26.10.94 (Az.: S 14 An 287/91) heranziehen. □

**AGÄIS**

*Restaurant und Café*



**Türkische und Griechische  
Spezialitäten**

**Rheinstr. 13 26382 WHV Tel.: 44447**



### Chance vertan!

Die Verträge von Maastricht haben auch auf kommunaler Ebene ihre Auswirkung. Das Kommunalwahlrecht für Niedersachsen wurde dahingehend geändert, daß Nichtdeutsche aus EG-Ländern wahlberechtigt sind. Dies ist aufgrund der Maastrichter Verträge zwingend so vorgesehen.

Verpaßt wurde die Chance, bei dieser Gelegenheit das kommunale Wahlrecht für alle ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger einzuführen. Diese Forderung wird von der FRAUENLISTE gemeinsam mit vielen anderen Organisationen schon seit Jahren immer wieder erhoben.

So kann es in diesem Jahr bei der Kommunalwahl am 15. Sept. passieren, daß zwar Jugendliche ab 16 Jahren ihr Wahlrecht ausüben können, erwachsene ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die vielleicht schon seit vielen Jahren bei uns leben, arbeiten, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, aber zuschauen müssen.

Wir halten das für einen unwürdigen Zustand, der schnellstens geändert werden muß!

### Kommt er oder kommt er nicht?

.... der genehmigte Haushalt für die Stadt Wilhelmshaven in 1996. Die Verwaltung gibt sich optimistisch, daß am 28. Febr. 1996 der Rat einen Haushalt verabschieden kann.

Wie der letztendlich aussieht, ist auch für die Ratsmitglieder noch nicht klar. Klar ist: Es kann nur dann ein Haushalt verabschiedet werden, der auch den Stempel der Bezirksregierung erhält, wenn weitere erhebliche Kürzungen bei den Haushaltsansätzen vorgenommen werden.

Es wird sehr schwer wenn nicht fast unmöglich werden, unter diesen Bedingungen noch einen Haushalt zu verabschieden, der den Interessen der Wilhelmshavener Bevölkerung Rechnung trägt.

Wir sind gespannt auf das Werk des Kämmerers!

### Integration geht weiter!

An der Hafenschule verläßt zum Ende des Schuljahres die erste Klasse von Kindern die Grundschule, die integrativ beschult wurde. Vier Jahre lang haben behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam gelernt, gelebt, gespielt! Miteinander haben Kinder, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Familien neue Erfahrungen miteinander gemacht. Das die dieser „Modellversuch“ so gut gelungen ist, ist nicht zuletzt dem engagiertem Kollegium an der Hafenschule zu verdanken.

Schön wäre es gewesen, wenn die Kinder auch den weiteren Schulweg in ihrem gewachsenen Klassenverband hätten gehen können. Aber der Wunsch, an der IGS die integrative Erziehung fortzusetzen, konnte leider nicht verwirklicht werden.

So werden wohl außer den behinderten Kindern nur wenige Klassenkameraden mit umziehen in die Orientierungsstufe der Nogatsschule. Deren Gesamtkonferenz hat beschlossen, diesen Weg weiter zu gehen.

Inzwischen scheint es, daß alle Weichen so gestellt sind, daß dem keine Hindernisse mehr im Wege stehen. Wir freuen uns jedenfalls über diese Entscheidung und wünschen den Kindern und dem Kollegium viele gute Erfahrungen und Spaß miteinander!

DAS ALLERLETZTE





# UNGESCHICKT?

“DER SCHNELLE WEG INS PFLEGEHEIM” IST NACH DEM HEIMGESETZ NICHT ZU VERFOLGEN

(noa) So eine prompte Reaktion auf das Erscheinen einer GEGENWIND-Ausgabe erleben wir selten: Die letzte Nummer war kaum verteilt, da erreichte uns schon ein Anruf einer Mitarbeiterin des Seniorenpflegezentrums Neuengroden mit der Aufforderung, die Verfasserin des Artikels “Fast wie ein Krimi” solle kommen und Informationen für eine Gegendarstellung entgegennehmen.

Nun müssen Gegendarstellungen von Zeitungen zwar veröffentlicht werden, schreiben muß der Leser sie jedoch selber, und so schlugen wir den empörten Pflegekräften einen Leserbrief vor, da die Zusammenkunft keinen einzigen Satz zutage förderte, der eine falsche Tatsachenbehauptung enthalten hätte. Tendenz der Redebeiträge war stattdessen: Die Nichte der Frau A., die im Juli in einer Blitzaktion von ihrer Wohnung ins Pflegeheim gebracht worden war, sei so laut rufend und geradezu hysterisch aufgetreten, daß es ihrem Mann geradezu peinlich gewesen sei, Frau A. habe sich im Heim wohlfühlt und sei lediglich durch die Bemühungen ihrer Nichte, sie nach Hause zu holen, beeinträchtigt gewesen, mitnichten sei das eine Entführung gewesen, und der GEGENWIND hätte doch zuerst im Pflegeheim recherchieren müssen.

Daß Frau R. ob des Verschwindens ihrer Tante sehr erregt war und laut wurde, bestreitet sie selber nun auch nicht. Aus einem “hysterisch” erscheinenden Auftreten angesichts einer solchen Aufregung den Schluß zu ziehen, daß sie eine für die Betreuung einer alten Verwandten ganz und gar ungeeignete Person sei, ist allerdings gewagt. Und vor der Aktion hatte außer der Mitarbeiterin des städtischen Besuchsdienstes, die bei dem Umzug ins Heim zugegen war, niemand der Beteiligten Frau R. jemals getroffen.

Frau Morgante, die Inhaberin des Pflegeheims, riet ihren MitarbeiterInnen von einem Leserbrief ab und übergab stattdessen der GEGENWIND-Redakteurin eine Stellungnahme, die sie für die zuständige städtische Stelle verfaßt hatte: “Diese Stellungnahme sollten Sie veröffentlichen - Herr Mensen war damit zufrieden.”

Und aus dieser Stellungnahme geht folgendes hervor: Der Mitarbeiterin des städtischen Besuchsdienstes, die die alte Dame gelegentlich besuchte, sei aufgefallen, daß die Versorgung von Frau A. nicht ausreichend gewesen sei, und Frau A. habe schon häufiger den Wunsch geäußert, in ein Pflegeheim zu gehen, ihre Nichte dürfe aber davon nichts wissen. Die städtische Mitarbeiterin brachte deshalb Frau A. ins Pflegezentrum Neuengroden, damit diese es sich ansehen könne, und Frau A. habe sich zum Probewohnen für drei Tage entschieden. Am nächsten Tag habe deshalb Frau Morgante, begleitet von der Dame des Besuchsdienstes und einer Pflegerin, die sie als Zeugin mitgenommen habe, Frau A. abgeholt.

Die alte Dame habe dringend gebeten, die Nichte nicht zu informieren, und Frau Morgante habe “dann doch rasch ein paar Zeilen auf einen Zettel geschrieben, um Frau R. nicht ganz im Unklaren zu lassen”.

Es sieht nun so aus, als ob die ganze weitere Entwicklung durch die Entscheidung, sich nicht vorab mit Frau R. ins Benehmen zu setzen, vorbestimmt gewesen sei. Wer würde sich nicht erregen, wenn die Tante während einer zweistündigen Abwesenheit von zu Hause verschwindet und alle Hinweise wie auch Beobachtungen einer Nachbarin auf auffällige Eile beim Abholen deuten?

## VIELE KULTUREN-EINE ZUKUNFT



Dem Hass keine Chance

Die Frage, ob es bei einer Übersiedelung in ein Pflegeheim nicht üblich sei, sich mit den Angehörigen ins Benehmen zu setzen, wurde uns von Herrn Mensen nur ausweichend beantwortet. Die langjährige Übung, alte Herrschaften unterzubringen, wenn die Angehörigen dies wünschten, werde jetzt nicht mehr gepflegt; zu diesem umgekehrten Fall, in dem nun die Heimaufnahme erfolgte, obwohl die Angehörigen es nicht wünschten, nannte er uns keine Richtlinie.

Auch die Frage, ob die Stellungnahme von Frau Morgante ihn tatsächlich zufriedengestellt habe, beantwortete Herr Mensen ausweichend - er habe noch weitere Stellungnahmen bekommen, und in der Summe stelle er fest, daß da einiges “ungeschickt” gelaufen sei, Pflichtverletzungen, die nach dem Heimgesetz zu verfolgen seien, jedoch nicht zu verzeichnen seien und die Angelegenheit jetzt ausgestanden sei.

Das ist in der Tat der Fall: Frau A. wohnt jetzt, wie schon berichtet, außerhalb in einem Pflegeheim, zu dessen Betreibern die Nichte Vertrauen hat, und nach ihrem Sturz im Oktober ist sie jetzt so verwirrt, daß man sie nicht mehr fragen kann, ob sie überredet wurde oder nicht, warum aus ihrer Sicht aus einem dreitägigen Probewohnen drei Monate wurden, während derer jedoch kein Vertrag zustande kam, ob ihr Wunsch nach einer amtlichen Betreuung ihrer eigenen Idee entsprang oder ihr etwa angetragen wurde und und... □

SUSANNES OHRING

Auswahl von der Creole  
bis zum Fußkettchen...

Gökerstr. 39 (Nähe Kortekreuzung)

Tel.: 04421/31880

Hemden DM 19,-

Westen 19,-

Hanfartikel

## Kommentar

### UNGEHEUERLICH

“Ungeschickt” ist das mindeste, was man über die Vorgänge in Sachen Heimunterbringung der alten Frau A. sagen kann. Die vagen Auskünfte lassen mehr Fragen offen als sie beantworten. Es mag ja sein, daß die alte Dame gegenüber dem Besuchsdienst den Wunsch nach Übersiedelung in ein Pflegeheim geäußert hat. Wer mit alten Menschen zu tun hat, weiß, daß sie oft unschlüssig sind und mal diesen, mal jenen Wunsch äußern.

Daß aber eine alte Person aus ihrer Wohnung abgeholt wird und die Bezugsperson, die bisher alle ihre Angelegenheiten geregelt hat, die täglich bei ihr war, für sie eingekauft, gekocht, gewaschen, geputzt und Amtliches erledigt hat, sie gepflegt hat und ihr zugetan war, erst nachträglich informiert wird, ist mehr als ungeschickt. Das ist schlicht ungeheuerlich.

Da man Frau A. nicht mehr befragen kann, ist eine lückenlose Aufklärung jetzt nicht mehr möglich. Ob Frau A. in dem drei Monate langen Tauziehen um ihren Aufenthalt glücklicher oder unglücklicher war als in ihrer Wohnung, ob ihr Sturz mit der dadurch bedingten Kopfverletzung durch diese Aufregung kam oder unvermeidlich war, ob sie sich von ihrer Nichte tatsächlich gegängelt gefühlt hat und sie gefürchtet hat oder ob sie das halt mal so gesagt hat, all das ist nicht mehr festzustellen. Insofern ist diese Sache tatsächlich “ausgestanden”.

Für Frau A. und ihre Angehörigen war “die Sache” eine aufreibende und leidvolle Erfahrung, und die Schäden sind nicht wieder gut zu machen. Es bleibt jedoch für andere SeniorInnen und ihre Familien zu hoffen, daß der “Wirbel” um diese Vorgänge wenigstens den Erfolg hat, daß so etwas nicht mehr geschieht.

Anette Nowak

## VON EINEM, DER AUSZOG...

**Wie unser ehemaliger Stadtbaurat Prottegeier Magdeburg "verschönte".**

(ef) Epochales hat der ehemalige Stadtbaurat Heinz Karl Prottegeier in seiner Wilhelmshavener Amtszeit nicht für die Jade-stadt errichtet. Und so richtig bekannt wurde er eigentlich erst in seiner Dezernenten-Endzeit, als er - gemeinsam mit seiner etwas naßforschen Ehefrau - den Ausbau der Berliner Straße als Umgehungsstraße erfolgreich verhinderte. Als damals die Stadtkasse noch prall gefüllt war und man locker diese Baumaßnahme hätte durchführen können, wurden entsprechende Planungen immer wieder hinausgezögert. Damals kam das Gerücht auf, "Protti" wolle den Ausbau nur verhindern, weil dann die sicher vielbefahrene Straße just an seinem Häuschen am Ricarda-Huch-Weg vorbeiführen würde. Und als später dieser Straßenausbau immer dringlicher gefordert wurde, sich aus Anliegern der verkehrlich arg strapazierten Freiligrathstraße eine Bürgerinitiative "Berliner Straße" gründete, stellte sich seine Ehefrau an die Spitze einer Aktion gegen den Ausbau. Und sie hatte einen guten Verbündeten: den unterdes eingetretenen Mangel an "städtischem Kies" für Steine und Beton.

So blieb diese so wichtige Verbindung zwischen Friedenstraße und Sebastian-Bach-Straße unausgebaut.

Nach der Wende zog es ihn, da seine Wiederwahl als Baudezernent kaum zu befürchten war, in die Neuen Länder, und seine SPD-Genossen vermittelten ihm den Job als Baudezernent der Stadt Magdeburg. Dort - so äußerte er sich stolz im Gespräch mit der Wochenzeitung F.F.: "Ich krepelte die Ärmel hoch. Alles, was die Stadt attraktiver macht, war wichtig". Besonders attraktiv und wichtig schien ihm als erstes die Magdeburger Hegelstraße zu sein. Die hatte Honni zwar 1987 unter Denkmalschutz gestellt, aber Geld nicht bereitgestellt.

Da kam Heinz-Karl!

Reiner Zufall sicherlich auch, daß H. K. Prottegeier in dieser Straße Quartier bezog und gleich zwei weitere Wohnungen im Haus ankaufte.

Da die Gelder aus dem goldenen Westen so überreichlich flossen, fuhr er in echt auf Pomp und Pracht ab. So berichtete die Wochenzeitung, daß u.a. 3.000 Quadratmeter altes Kopfsteinpflaster aus der Bitumen-decke ausgebuddelt, poliert und Stück für Stück wieder neu eingesetzt wurden. Für

den Radweg wurde kleines Mosaikpflaster ausgewählt und in liebevoller Handarbeit in die Erde gebracht. Für die Bordkanten orderte er roten Marmor, wesentlich teurer als der ohnehin schon teure grau-weiße italienische Marmor. Und da die Straße zur Allee aufgemotzt werden sollte, bestellte er 83 Lederhülsenbäume, die pro Stück läppi-sche 3.520 DM kosteten. blieb dann nur noch eine entsprechende Beleuchtung dieser neuerstandenen Prachtstraße. Da hatte doch unser ehemalige Baurat mal herrliche Kandelaber in Berlin-Charlottenburg zu Gesicht bekommen. So ließ er 53 dieser Beleuchtungskörper einfach kopieren und zum Stückpreis von 16.000 DM dort einpflanzen. Insgesamtkosten der Avenue: 10 Millionen Mark. Nebenbei gesagt; die von ihm initiierte Renovierung des Theaters wird nach Expertenschätzung über 120 Millionen Mark an Steuergeldern kosten.

Doch Undank ist der Welt Lohn. Das, was Prottegeier für eine einmalige Leistung hielt, nannte der Bund der Steuerzahler schlicht "Kommunaler Größenwahn, verbunden mit gigantischer Steuergeldverschwendung". So wurde er, weil er allzu großzügig mit Steuergeldern umging, vorzeitig aus seinem Amt abgewählt. Seine Erkenntnis: "Ich war zu gut für diese Stadt, das wußten alle." Und noch etwas verriet er stolz dem Reporter Dr. Thomas Schneider von F.F.: "Ich hatte einen Stab, der sich nur mit dem Abzapfen von öffentlichen Geldern befaßte. Darin waren wir bundesweit Meister."

Und solch einen genialen Steuergeld-Abzapfer hat Wilhelmshaven damals einfach so ziehen lassen. Hatte man sein Talent dafür nicht rechtzeitig erkannt? Hätte er die Finanzmisere unserer Stadt durch Einsatz seiner Fähigkeiten verhindern können? Saß er im Bauamt gar am falschen Platz? Hätte man ihn damals nicht zum Kämmerer küren müssen? Fragen bleiben offen.

Doch eines ist gewiß: Wäre er jetzt wieder hier tätig, GEW-Chef Grom hätte Geld gespart. Den Fraktionsvorsitzenden der SPD, Udo Bergner, hätte er nicht zu bitten brauchen, sich einmal auf GEW-Kosten in Berlin nach exquisiten Lampen für den Bahnhofskoloß und Valoisstraße umzuschauen. Kandelaber-Modelle à la Charlottenburg hätte "Protti" sicher in seinem Umzugsgepäck gehabt.

PS: Die Kosten für die 750 Meter lange Magdeburger Hegelstraße sind unterdessen wesentlich höher, als der Ausbau der Wilhelmshavener Berliner Straße als Stadtauto-bahnstrecke gekostet hätte.

# TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von  
Schallplatten und CD's  
HiFi-Komponenten, Literatur + Comics  
u. v. m.  
Bahnhofstraße 7 • 26382 Wilhelmshaven  
Tel. (04421) 4 21 84

Kulturzentrum  
**pumpwerk**  
METROPOL

Programm Februar 96

DO. 08.02.	Elvis: "One for the money..."
FR. 09.02.	Eine zeitkritische Musik-Revue 20.30 Uhr
SA. 10.02.	Hannes Wader 21.00 Uhr
SO. 11.02.	Frühschoppen mit den Seaport Stompers Im Anbau eine kreative Aktion für Kinder 11.00 Uhr
SO. 11.02.	Der literarische Salon im Metropol Helga Habsch lädt ein zu einem Vortrag über "Friedrich Nietzsche und Cosima Wagner" 19.00 Uhr
FR. 16.02.	"Hollywood läßt grüßen" Eine Benefiz-Gala zugunsten der Schlüsselblume e.V. 20.00 Uhr
SA. 17.02.	Tanz auf dem Vulkan - Faschings- fete mit den Komm' Mit Mann's, Arme Ritter, X-Ray und Party DJ 20.30 Uhr
SO. 18.02.	3. Internationale Kinderfaschings- fete mit Kinderliedern, Mini-Play- back-Show, Clown Pepita, Disco und vielen Spielen 14.00 Uhr
MI. 21.02.	Rammstein auf "Herzeleid" Tour '96 20.00 Uhr
FR. 23.02.	8. Jever Rock- und Blues Nacht Mit den Growin' Gods, Charlston Hot, Tier und Cold Pig 21.00 Uhr
SA. 24.02.	Georg Schramm's "Schlachten- bummler" Reality-Kabarett zum Kranklachen 20.30 Uhr
SO. 25.02.	Frühschoppen mit Harface and the Heat Anbau: kreative Aktion f. Kinder 11.00 Uhr
SO. 25.02.	Das neugierige Elefantchen Das Bremer Puppentheater "Na und...?" spielt ein spannendes Stück für Kinder ab 4 Jahren. 15.00 Uhr

Kulturzentrum Pumpwerk, An der Deichbrücke,  
26382 Wilhelmshaven, Tel. 04421- 43877



## Front gegen Solidarabbau

Gegenwind für Waigel auch aus Bayern

ap/dpa Bonn/Hannover. Ge- Brandenburg kündigten an  
aus der WZ vom 31.1.96